

# AKUT

Bonner Student·inn·enMagazin

90



**KRITISCHE UNI**  
30.11. bis 4.12. 87

Universitätsbibliothek  
Bonn

## TITEL

## KRITISCHE UNI

4

Es ist wieder soweit: Vom 30. 11. bis 4.12. öffnet die 4. Kritische Uni ihre Tore. Erläuterungen zu den Themenschwerpunkten von Gaby Hermannsky (Autonomes Frauenreferat) sowie Frank Frick und Tom Hallet vom KU-Kollektiv. Außerdem präsentieren wir das Gesamtprogramm der KU.

## HOCHSCHULE

## AKTIONSWOCHE DER BIOLOGEN 7

Die Studiengebühren in der Biologie sind zunächst einmal vom Tisch. Über die Aktionen dagegen berichten Birgit Felings und Klaus Striepen.

## NUN SINGEN SIE WIEDER 8

Der "historische" Kompromiß der VDS. Auf der Mitgliederversammlung in Dortmund war Anna Köbberling

## POLITISCHES MANDAT: WIR MACHEN WEITER! 9

Aus aktuellem Anlaß (neues Urteil gegen den AStA) befaßt sich Bert Schellenberger mit dem Streit um das politische Mandat der StudentInnenenschaft

## LEBEN VON LUFT UND WISSENSCHAFT 10

In Berlin fand eine Tagung der Hilfskräfte statt. Über deren Situation in der BRD und speziell in Bonn Arnd Kluge von der hiesigen Ini.

## PLURALISMUSSEITE 13

## VERUNSTALTUNG FÜR HÖRER ALLER FAKULTÄTEN 16

Die Situation des "Studium Universale" nimmt Anna Köbberling aufs Korn. Sie sagt auch, wie es besser gemacht werden kann.

## AKUTES

## MEINUNGSMACHT - PRESSEFREIHEIT = GEMACHTE MEINUNG ? 18

Was JournalistInnen dürfen, wozu Politiker fähig sind, darüber wird in letzter Zeit wieder heftig diskutiert. Michael Venner macht mit.

## MEHR ALS NUR ZWEI TOTE 21

Nach dem Polizistenmord in Frankfurt: Die Herrschenden blasen zur Jagd auf die Protestbewegung. Wer aber regt sich über die Opfer unter den DemonstrantInnen auf, fragt sich Heike Struck

Das Bonner StudentInnenparlament hat in seiner Sitzung am 29. Oktober 1987 folgenden Antrag des AStA angenommen:

Das SP möge beschließen:

Das Studentenparlament verurteilt das Auftreten des "Ring Freiheitlicher Studenten" (r.f.s.) an der Universität Bonn sowie die Existenz neofaschistischer Gruppen im Bonner Raum. Der r.f.s. ist eine neofaschistische Gruppe. Das geht zum einen aus seiner Programmatik (Ethnopluralismus, Biologismus) als auch aus seiner personellen Verbindung zu faschistischen Organisationen (FAP, NPD) hervor.

Das SP begrüßt, daß der Geschäftsführer des AStA angewiesen wurde, dem r.f.s. die Zulassung als studentische Gruppe aufgrund neofaschistischer Tendenzen zu verweigern. Der AStA ist kein Handlanger des Faschismus. Der Rektor sollte einen ebensolchen politischen Akt vollziehen.

Für uns ist das Auftreten des r.f.s. an der Uni Bonn sowie die Zunahme neofaschistischer Aktivitäten im Raum Bonn symptomatisch für eine Verschärfung des rechtskonservativen Klimas in der Bundesrepublik. Diese Vorgänge stehen in einer Linie mit dem Wahlerfolg der DVU/NPD in Bremen und den erschreckend hohen Ergebnissen auch der "Republikaner" - als deren Studentenorganisation der r.f.s. angesehen werden könnte - in Bayern und Bremen. Die DVU/NPD hatte in Bremen einen höheren Wahlkampfetat als alle anderen Parteien zusammen; gesponsert wurde sie vom Herausgeber der "National-Zeitung", Frey, dessen Büro auch als Sammelstelle für Spenden fungierte.

Die Erfahrungen in Deutschland lehren, daß Faschismus vom Kapital protegert und genutzt wurde. Durch den Faschismus werden Arbeiterorganisa-

tionen zerschlagen, politische Opposition vernichtet und Interessenverbänden des Kapitals direkter und ungehemmter Zugriff auf den Staatsapparat ermöglicht.

Die Gefahren, die von Gruppen wie dem r.f.s. ausgehen, liegen in ihrer Propaganda für autoritärste Strukturen, Ausländerhetze und einem biologistischen Menschenbild, dem ein Elitebegriff zugrunde liegt, aus dem heraus auch z.B. eine "Behinderten-Olympiade" (r.f.s.-Zitat), d.h. die Massenuniversität in Bonn zugunsten einer Elite-Uni abgelehnt wird.

Interessant ist auch die Erklärung des RCDS-Bundesvorsitzenden Hardt zum r.f.s. ("Münchener Merkur" vom 4.6.87), der den RCDS Köln wegen dessen Zustimmung zu einer Resolution gegen den r.f.s. rügte.

Das SP ruft alle an der Uni Tätigen auf, gegen den Neofaschismus in Bonn und speziell gegen den r.f.s. an der Uni vorzugehen. Wir unterstützen alle Gruppen, Vereine und Einzelpersonen, die in diesem Sinne tätig sind.

Das SP spricht sich dafür aus, daß der AStA durch geeignete Schritte dieser Entschließung Nachdruck verleiht.

Keine Straßen, Plätze, Orte für die Faschisten!

Verhindert ihre Veranstaltungen!

Informiert AStA und Antifa-Gruppen über die Aktivitäten der Faschisten!

Sammelt Flugschriften und Plakate dieser Gruppe ein!

(Abstimmungsergebnis: 24 Ja-, 6 Nein-Stimmen)



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Grüne!

Lang ist die Liste der Repressalien gegen studentische Funktionsträger, die das politische Mandat wahrgenommen haben. Daß Abgeordnete des Studentenparlaments wegen ihres Abstimmungsverhaltens belangt werden sollen, ist eine neue Qualität!

24 Mitglieder des Bonner SP erhielten einen Anhörungsbogen der Stadt wegen des Verdachts, zu einer Ordnungswidrigkeit aufgerufen zu haben. Sie hatten am 5. Februar 1987 in namentlicher Abstimmung einen Antrag von Birgit Felinks (LUST) und Uwe Altemöller (Jusos) angenommen. Darin protestierte das SP gegen das Verbot einer Ausstellung des Antirepressionsreferates zur Volkszählung durch den Rektor. Der Antrag mündete in den Satz: "Boykottiert die Volkszählung!" - Verfahren gegen SP-Mitglieder wegen einer Abstimmung hat es unseres Wissens in der BRD noch nicht gegeben.

Anfang November verhängte das Verwaltungsgericht Köln ein Ordnungsgeld von 2500 DM gegen die Bonner Studentenschaft wegen Wahrnehmung des politischen Mandats. Diesmal ging es u.a. um eine Veröffentlichung in "Akut": den Aufruf von Bonner Autonomisten zum 1. Mai 1986. Der Richter fand die Verfasserangabe "Bonner Autonomie" zu ungenau und rechnete den Aufruf der "Akut"-Redaktion zu. Kläger - wie immer - die geschätzten Kommilitonen Nowak und von Laun. Ein anderes Verfahren betrifft "Akut" indirekt. Die Fachschaft Biologie hatte in Nr. 220 (Januar 1987) über die Bundes-Fachschaftentagung in Regensburg berichtet, die Polizisten umstellt und aufgelöst hatten, als sie Teilnehmer einer Anti-AKW-Konferenz verfolgten. Für diesen Bericht wollen die Denunzianten jetzt der Fachschaft ein Ordnungsgeld aufdrücken lassen.

Aus gegebenem Anlaß befaßt sich Bert Schellenberger mit dem Thema politisches Mandat (S. 9), das auch Gegenstand unserer nächsten Pluralismusseite ist.

Tauschen Dietzel gegen Mandela

Ausgedietzelt! Jörg C., Rekord-Leserbriefschreiber der "Akut", Ex-Kriegsdienstverweigerer, Ex-Sannyassin (sagt man), Ex-"Akut"-Chefredakteur,

Ex-FDP-Mitglied, Ex-LA-Sprecher, Kolibrüst, geht dorthin, wo er hingehört: nach Südafrika. Er verabschiedet sich mit - einem Leserbrief. Wir drucken ihn nicht aus Sentimentalität, nicht - wie in der Vergangenheit -, damit sich die Leser an den manischen Ergüssen dieses Herrn delectieren, sondern um zu dokumentieren, daß Dietzel in seinem Weg nach rechts genauso konsequent ist wie in der Steigerung seines Zynismus. Vom Bafög-Klau als "Wende vom Haben zum Sein" (Dietzel 1982 in "Akut") über die Anfeuerung der makabren nikaraguanischen Contras (1985 im SP) zum Nationalsozialismus als "klassenlose Gesellschaft" (S. 30). Die angekündigte Rechtfertigung der Apartheid werden wir nicht mehr drucken. Dietzel ade!

Die Rezension der Möllemann-Veranstaltung vom 5.11. verschoben wir auf die nächsten Nummer. Der Termin fiel in unsere Layout-Vorbereitung, und man soll sowas ja nicht zwischen Tür und Angel schreiben (nicht daß wir wieder 10.000 Zettel von Hand einlegen müssen ...). Stattdessen empfehlen wir Euch die Lektüre des Programms der "Kritischen Uni" und den Besuch ihrer Veranstaltungen.

Rot Front!

Eure "Akut"-Redaktion

## WER IST DIE CARP ?

22

Die CARP (StudentInnenorganisation der Mun-Sekte) ist auch in Bonn sehr aktiv. Darüber informiert Detlev Kamps.

## WENN DER POSTMANN ZWEIMAL KLINGELT...

24

Die Post - eine altehrwürdige Einrichtung versucht, ihre Stellung durch den Einstieg in neue Technologien zu retten. Daß dabei Arbeitsbedingungen und Datenschutz auf der Strecke bleiben, beklagt Heike Struck

## BERUFSVERBOTE

26

Und noch mehr DKP-lerInnen wurden aus dem Beamtendienst vertrieben. Über diesen Anachronismus des kalten Krieges Infos von Detlev Kamps.

## ZEITGESCHICHTE

### MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN KOLUMBIEN

27

### DAS DRAMA DER BOLIVIANISCHEN BERGARBEITER

29

### DIE FRAU IM CARTOON

32

Dies ist der erste Teil einer Bestandsaufnahme über das Frauenbild in Karikaturen von Anna Köbberling.

## RUBRIKEN

### BÜCHER/FILM

12

### TERMINE

17

### MELDUNGEN

20

### LESERBRIEFE

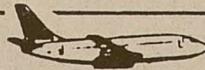
30/31

### LYRIK

35

### RÜCKSEITE

36



Anzeige

● New York	ab DM	775,-	● Toronto	ab DM	795,-
● Male	ab DM	1295,-	● Goa	ab DM	1595,-
● Karachi	ab DM	1295,-	● Bombay/Delhi	ab DM	1395,-
● Colombo	ab DM	1195,-	● Manila	ab DM	1755,-
● Jakarta	ab DM	1755,-	● Hong Kong	ab DM	1695,-
● Lima	ab DM	1895,-	● Rio	ab DM	1855,-
● Sao Paulo	ab DM	1995,-	● Santiago	ab DM	2295,-
● Sydney	ab DM	2295,-	● Tokio	ab DM	2195,-
● Johannesburg	ab DM	1695,-	● Osaka	ab DM	2195,-

### Reisebüro Silvester

Bornhelmer Straße 102 · 5300 Bonn 1

Tel. (02 28) 63 11 01

Der Indienspezialist



# Kritische Uni in Bewegung

- verstärkt jetzt auch in  
Poppelsdorf

Die 4. Kritische Uni, 30.11. - 04.12.87

"In Bewegung" lautet das Motto der diesjährigen Kritischen Uni. "In Bewegung", weil wir mit diesem Veranstaltungsprogramm den Anspruch hegen, etwas Bewegung in den Alltag zu bringen, festgefahrene und eingerostete Verhaltensmuster - oder gar Konventionen - in Frage zu stellen.

"In Bewegung" nicht zuletzt deshalb, weil wir uns von Euch das feed-back, die Ansprüche und die Kritik erhoffen, welche eine 'kritische Masse' an seine alltäglichen Lebensbedingungen - an Uni, Arbeit, Politik und wohl auch an uns - stellt.

Wie in jedem Jahr gibt es auch diesmal Themenschwerpunkte, von denen einige hier näher erläutert werden sollen.

## Geschichtswerkstatt

Nach unserer Meinung ist sie nicht naturbestimmt und einmalig oder gar - frei von jeglichem menschlichen Einfluß - göttgewollt, sondern das Resultat des Handelns vorangegangener Menschheitsgenerationen - die Geschichte. Und nur dann, wenn wir uns die Erfahrungen früherer Generationen aneignen, ihr Handeln als das Schaffen unserer objektiven Lebensbedingungen begreifen, können wir diese Geschichte die unsrige nennen.

Dieses Geschichtsverständnis erlaubt es uns, die Erfahrungen vorangegangener Generationen daraufhin zu befragen, was sich aus ihnen für die Gegenwart lernen läßt.

Das solche Lernprozesse möglich und notwendig sind, läßt sich schon am Erscheinen des r.f.s. an unserer Uni verdeutlichen - ein aktuelles Beispiel, das zu Beginn unserer Programmplanung noch gar nicht akut war. Denn die Strategie dieser Neofaschisten, 'Linke' als Volksfeinde zu brandmarken, zeigt deutliche Parallelen zu dem Vorgehen der Nationalsozialisten in der 'Weimarer Republik' - nur waren es damals Kommunisten und Juden. Nachdem man sich dieser 'erfolgreich' entledigt hatte (schließlich hatten fast alle anderen geschwiegen), nahmen sich die Nazis im folgenden die Gewerkschaften, Parteien sowie die kritischen Geister in den Kirchen vor. Das Ergebnis dürfte uns allen noch

aus dem Geschichtsunterricht bekannt sein.

Wir wollen in unseren Veranstaltungen versuchen, das Verhalten der deutschen - und insbesondere der Bonner - Universität bei der Entwicklung des Nationalsozialismus zu untersuchen. Hierzu wird Prof. Reimann aus Gießen erläutern, daß die 'braune' Universität nicht einfach nur Objekt der 'Gleichschaltung' war, sondern die Nationalsozialisten bei ihr einige offene Türen einrennen konnte. Wie sich die Wissenschaften nach '33 verhielten, wird Karen Schönwälder (Marburg) am Beispiel der geisteswissenschaftlichen Kriegspropaganda ("Wissenschaft für den Krieg") verdeutlichen.

Am Beispiel des Psychologischen Seminars der Bonner Universität wird uns dies Peter Kratz ("Psychologie und Faschismus an der Uni Bonn") vor Augen führen.

Hierzu werden wir mit einer Ausstellung über den Widerstand und die Verfolgung an der Bonner Uni und in einem Gespräch mit einem Zeitzeugen die Möglichkeit haben, auch 'mal vor der eigenen Haustür zu kehren.

Weiterhin soll die Frage gestellt werden, was wir aus den Erfahrungen der NS-Zeit gelernt haben. Dies wollen wir mit Prof. Hans Mausbach zu der Frage der "Ärztlichen Ethik nach den Nürnberger Prozessen" und mit Margret Feit zu den Hintergründen der 'Neuen Rechten' diskutieren.

Last but not least können wir uns in einer Diskussionsrunde u.a. mit Prof. W.F. Haug aus Berlin darüber auseinandersetzen, welchen Umgang mit unserer NS - Vergangenheit wir im Zuge des Historikerstreits - nicht zuletzt anlässlich breiter neofaschistischer Tendenzen - uns zueigen machen wollen.

## Frauen und Macht - Frauen in Institutionen

Er allein klingt schon vielversprechend, der Titel eines Bereiches der diesjährigen KU. Das Thema ist sicherlich so vielgestaltig, daß mühelos das gesamte KU-Programm aus Veranstaltungen zu diesem Komplex hätte bestehen können.

Wir mußten uns also beschränken und auswählen, ein Konzept erarbeiten und - das wichtigste - uns bemühen, dem zu folgen.

Schon der Titel deutet auf die der Thematik eigene Zweiteilung hin. Es geht zunächst allgemein um Frauen und Macht. Wieso haben denn Frauen auf einmal doch Macht, nachdem wir endlich unsere Opferrolle und Ohnmachtsposition erkannt hatten? Mittlerweile sind unter Feministinnen Stimmen laut geworden, die das alte Schwarz-Weiß-Schema in Frage stellen und die den Frauen eine Mit-Täterschaft nicht absprechen können. Sind es doch wir Frauen in unserer Rolle, mit unseren Arbeitsleistungen im privaten, reproduktiven Bereich, die diese patriarchale hierarchische Ordnung im besonderen Maße aufrecht zu erhalten helfen?! Aber wie können wir aus unserer dialektischen Situation heraus konstruktive Wege und effektive Strategien entwickeln?

Hierzu werden drei Veranstaltungen versucht, Antworten zu finden. Uschi Frey und Ingrid Schöll werden etwas zu den Frauen in den 50er Jahren sagen, die ganz wesentlich Grundlage für ein noch heute gültiges Frauenbild

waren. (Frau denke da bloß an die "strahlende Mutti" in der Waschmittelreklame). Monika Oubaid wird über die Macht der Mutter referieren und diskutieren. Schließlich wird Birgit Meyer, Politologin an der Uni Bonn, in



einer weiteren Veranstaltung die "Unschund der Ohnmacht" in Frage stellen

Der zweite Bereich greift exemplarisch gesellschaftlich relevante Betätigungsfelder auf und möchte so versuchen, einen Über- und Einblick in die Arbeit von Frauen in Institutionen zu vermitteln. Frauenpolitik wird zur Zeit großgeschrieben. Daher sind Parteien vom primärem Interesse. Es gibt inzwischen - schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden - reine Frauenlisten (bei der GAL Hamburg), autonome Frauen in Parlamenten (bei den GRÜNEN IM RÖMER, Frankfurt), eine reine Frauenpartei. Zu diesen Projekten werden Frauen aus ihrer Erfahrung berichten und diese zur Diskussion stellen. Die Grünen werden

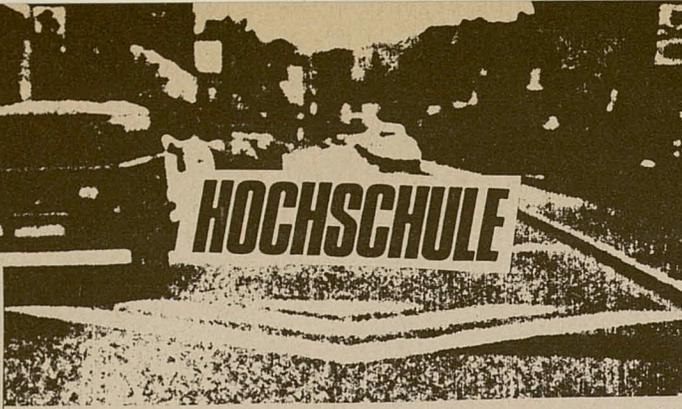
sich fragen lassen müssen, ob sie noch dem Anspruch gerecht werden können, "parlamentarischer Arm" der autonomen Frauenbewegung zu sein. Regina Michalik, Sprecherin der Grünen im Bundesvorstand, wird in dieser Veranstaltung dazu Stellung nehmen, ob inzwischen auch in ihrer Partei gilt: Parteiinteressen vor Frauensolidarität. Abschließend für diesen Bereich findet eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen aller im Bundestag vertretenen Parteien, sowie der Frauenpartei statt. Frauenpolitik in den Parteien - ist das nur wahlkampf-taktisches Kalkül oder haben Feministinnen ihre Forderungen in die verschiedenen Parteien tragen können?

Der zweite Beispielbereich umfaßt die Universitäten - unser unmittelbares Arbeitsfeld. Durch viele Studien sowie eigene Erfahrungen belegt, sieht es hier mit Frauen und für Frauen sehr schlecht aus. Besonders die Uni Bonn steht als schwärzestes unter den schwarzen Schafen da. Wie sieht es mit der Verankerung feministischer und frauenspezifischer Inhalte und Methodik an unserer Uni aus? Dazu werden Prof.in Annette Kuhn, Inhaberin des Lehrstuhls für Frauengeschichtsforschung, und Marianne Krüll, Soziologin an der Uni Bonn, nicht wenig zu sagen haben. Grundlegender um feministische Forderungen und Interessen im beherrschenden Wissenschaftsbetrieb geht es in Veranstaltungen von Ayla Neusel, Vizepräsidentin an der GH Kassel, und Cornelia Giebeler.

Frauenbeauftragte - ein aktuelles Thema. Wahrscheinlich werden wir auch bald eine an unserer Universität haben. Aber was kann eine Frauenbeauftragte tatsächlich in einer derartigen Männerdomäne ausrichten? Was erwarten wir von ihr? Dazu sind die Erfahrungen anderer Unis elementare Diskussionshilfen, zumal es verschiedene Modelle gibt. Exemplarisch seien auf der KU das Hamburger und das Essener Modell vorgestellt.

Frauenbeauftragte gibt es auch in den Kommunen. Hier heißen sie z.T. Gleichstellungsbeauftragte. In diesem dritten Beispielbereich gibt es neben einem Erfahrungsaustausch einiger Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten eine Veranstaltung speziell zu den Möglichkeiten wirkungsvoller Frauenarbeit in Bonn, wozu Vertreterinnen der Grünen im Rat und der AsF Bonn kommen werden. Hier fügt sich fast nahtlos ein Vortrag an, der im Rahmen der Frauenvortragsreihe stattfindet: Ulla Panen-Höppner spricht über (männliche) Stadtverkehrsplanung.

Schließlich noch der Bereich der Gewerkschaften. Hier werden Hilde Holtkamp und Resi Häse vom ÖTV--



# HOCHSCHULE

Kreisfrauenausschuß über ihre Arbeit referieren und die historische Entwicklung der Stellung der Frauen in den Gewerkschaften aufrollen.

Sicherlich, ein volles Programm für nur eine Woche KU. Aber das Thema ist ebenso wichtig wie breit gefächert. Insofern sollen die einzelnen Veranstaltungen lediglich iniszierenden Charakter haben und Frauen, Studentinnen wie auch andere Bürgerinnen der Stadt Bonn sowie alle Interessierten, dazu auffordern, sich weiterhin in alle Bereiche und alles einzumischen und unsere Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen laut zu artikulieren.

## Männergewalt

Wenn Männer sich süffisant grinsend über Frauenpolitik lächerlich machen und sich herzhaf mit einem arroganten "Schwanz ab" verabschieden, dann bedarf es keiner weiteren Erläuterung über die Ernsthaftigkeit ihrer Auseinandersetzung mit ihrer Rolle. Was wäre beispielhafter für das 'typisch männliche' als gerade dieses 'über allen Dingen und immer seinen Mann stehen'.

Doch da gibt es auch noch andere, die keinesfalls meinen, 'besser' zu sein, aber sich doch zumindest mit ihrer Männlichkeit auseinandersetzen.

Z.B. Prof. Peter Grottian aus Berlin, der direkt danach fragt, was Uni-Männer denn von der Frauenbewegung gelernt haben; oder der Chemiker und Schriftsteller Hans-Curt Fleming, der den Männern anbietet, sich 'durch eine Aufwachübung des Schlafs der Selbstgerechten zu entreißen'; oder Hans-Peter Lütjen aus Hamburg, der als ehemals schlagender Mann seine Thesen zur Männergewalt zur Diskussion stellt;

oder die Kölner Männer, die danach fragen, was denn Männergruppen zu leisten imstande sind und wo ihre Grenzen liegen;

oder Günter Querfurth, der die Frage aufwirft, ob und wie männerbewegte Männer den Frauen zuarbeiten können; oder Dr. Michael Baurmann vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden, der als Viktimologe die Ursachen von Vergewaltigungen erforscht und die Möglichkeiten ihrer privaten und juristischen Umsetzung diskutiert.

## DIE KRITISCHE UNIVERSITÄT IN POPPELSDORF

Die schnell anwachsende Bedeutung der Natur- und Ingenieurwissenschaften für die gesellschaftliche Entwicklung und für unseren Lebensalltag - man denke nur an die Computerisierung - hat sich auch in einer, wie wir meinen ansprechenden Veranstal-

## Internationale Verschuldungskrise

*"Wohlstand und Frieden" versprachen die Gründer der Weltbank den Menschen am Ende des zweiten Weltkrieges und kündigten ein neues Zeitalter an. Doch Wohlstand wurde nur den Reichen und den Metropolen zuteil. Die ungehemmte Jagd der Banken und Konzerne nach immer höheren Gewinnen hat zu einer drastischen Wirtschaftskrise geführt.*

*Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Völker der "Dritten Welt":*

*Mit der gegenwärtigen Situation findet ein neokolonialer Prozeß, der mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bretton Woods 1944 auf die Hegemonieinteressen der USA zugeschnitten wurde, seinen vorläufigen Höhepunkt.*

*Seit 1945 hat die wirtschaftliche Ausbeutung der "Dritten Welt" mehr Tote durch Hunger, Armut und Elend gefordert als alle militärischen Auseinandersetzungen.*

*(Auszug aus der Fuldaer Erklärung des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)*

*Wir wollen den Rahmen dieser Kritischen Uni nutzen, um mit einer Reihe von Veranstaltungen einen Einstieg zu ermöglichen.*

tungspalette der KU niedergeschlagen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist sie vielfältiger, im Verhältnis zu den vielen spannenden und konflikthaften Trends bietet sie aber noch zu wenig. Entscheidend für die Konzeption war unsere Auffassung, daß fast im gesamten naturwissenschaftlichen Bereich eine gründliche Orientierung auf Zukunftsfragen notwendig ist. Diese wird von der Universität nur unzureichend vorgenommen. Nehmen wir z.B. die Strukturkrise der Landwirtschaft: Nicht nur die gegenwärtigen Probleme - Stichworte: Marktordnung, Konzentrationsprozesse, Hunger in der Dritten Welt - werfen eine Menge Fragen auf, sondern auch die neuen Anwendungsmöglichkeiten gen- und biotechnischer Verfahren. Ob sie als Errungenschaften zu werten sind, hängt von ihrem richtigen Einsatz ab. Dazu muß aber jeweils nach dem Nutzen gefragt werden; gerade weil ihr Potential so enorm ist, müssen wir aber auch mögliche Risiken umfassend prüfen. Prof. Jacobsen vom Institut für Genetik wird an drei Fallbeispielen eine "Folgenabschätzung" vornehmen.

Je mehr sich der Mensch das Instrumentarium der Natur aneignet und anwendet, desto komplizierter werden auch die Konsequenzen seiner Eingriffe in natürliche Prozesse. Am Beispiel der "Freisetzungproblematik" soll das Vordringen der Wissenschaft in Grenzbereiche der Verantwortung geschildert werden. Spätestens dann sind auch philosophische Probleme zu sprechen, wie sie in den Veranstaltungen zur "Umweltethik" behandelt werden. Was fängt der Mensch mit seinem Wissen an? Wo findet er den Maßstab, an dem er verantwortliches Handeln ausrichtet?

Diese Frage stellt sich nicht nur bei dem Einsatz von Zukunftstechnologien, sondern auch bei gravierenden ökologischen Problemen. Sie werden von einer, bisher eher abstrakt empfundenen Bedrohung der Umwelt zu einer konkreten Gefährdung des Menschen selbst (vgl. Veranstaltungen zur Kerntechnik) überführt zur Belastung von Nahrungsmitteln.

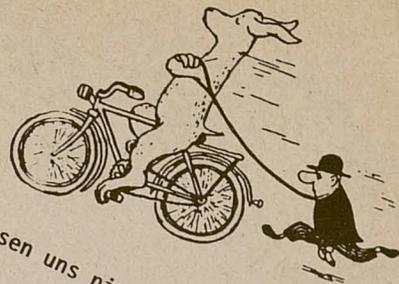
Richtig spannend wird's z.B. bei dem Thema Energiewirtschaft: Dabei geht es nicht nur um die prinzipiellen Möglichkeiten einer umwelt- und ressourcenschonenden Versorgung, sondern schon um die Bedingungen für den Einsatz: Dr. Nitsch von der DFV und Jürgen Leuchtnert vom Öko-Institut, zwei prominente Experten im Bereich der Energiewirtschaft, werden auf der gleichen Grundidee verschiedene Vorstellungen für ein Energiewirtschaftssystem der Zukunft entwickeln. Der eine setzt mehr auf den technischen Einsatz des Wasserstoffs, der andere möchte alle Möglichkeiten der dezentralen Energieversorgung nutzen. Was ist vernünftiger?

Interessant ist auch die in letzter Zeit zunehmende Auseinandersetzung mit der Raumfahrt - Veranstaltung zur Raumfahrt - Thema, das sonst eher hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Das ist unverständlich, denn 30 Mrd. DM sind eine bundesdeutsche All-Macht, was eine horrende Zukunftsinvestition.

Kein zu hoher Preis? Die Raumfahrt ist als Motor wissenschaftlicher und technischer Entwicklung (?) betrachtet umstritten.

Ein letztes noch: Mit den Veranstaltungen der KU wollen wir Angebote bereitstellen, die jede/r mitgestalten kann: also selbst eingreifen, Referent/inn/en mit eigenem Wissen konfrontieren und da kritisieren, wo sie nicht Nachvollziehbares vorbringen! Das ist eine demokratische Form der Wissensaneignung. Schließlich sollen die Diskussionen auch immer ergebnisorientiert sein. Das Ziel könnte sein, Klarheit darüber zu erlangen, wie die Gesellschaft dem erarbeiteten Wissensgegenstand zuzugehen hat - notwendig verbunden mit der Frage nach praktischen Konsequenzen.

## Aktionswoche in der Biologie



Wir lassen uns nicht ausquetschen!!!

Wie schon in der letzten Ausgabe berichtet, tauchte das Gespenst der Studiengebühren auch in Bonn auf. In der Biologie sollten Gebühren für die in Praktika benötigten Lernmittel erhoben werden. Die Fachschaft beschloß daraufhin eine Aktionswoche, die vom 19.10. - 22.10.87 durchgeführt wurde, obwohl die Gebühren für dieses WS bereits zurückgenommen worden waren. Hier ein Rückblick:

### Die Aktionswoche

Die Beteiligung an den einführenden Veranstaltungen war äußerst gering. Gerade die Diskussion, die sich mit dem hochschulpolitischen Aspekten der Studiengebühren befaßte, traf auf kaum Interesse. Hier wird mal wieder deutlich, daß zwar sehr viele bereit sind, zu protestieren, wenn es den eigenen Geldbeutel betrifft, die wenigsten jedoch Interesse zeigen, sich intensiver mit den Hintergründen auseinander zu setzen.

Am Mittwoch billigten die Professoren in der Fachgruppensitzung einstimmig einen Antrag der Fachschaft (FS) Biologie, in dem ein Verzicht auf Praktikumsgebühren gefordert wurde und stellten sich somit eindeutig auf die Seite der Student/inn/en.

Während der Dauer des Warnstreiks von 10 bis 12.00 Uhr fielen alle Veranstaltungen, bis auf eine Vorlesung von Prof. Jacobsen, aus. Trotz des strömenden Regens trafen sich ca. 200 Biolog/inn/en in den Arkaden des Pop-Schlusses im Streikcafe. An der anschließenden Demonstration beteiligten ca. 400 Student/inn/en.

### Einschätzung und Kritik

Wir sehen in diesem Aktionstag nur einen begrenzten Erfolg. Da die Profs von sich aus bereit waren, die Veranstaltungen am Donnerstagmorgen ausfallen zu lassen, konnte von einem Streik kaum noch die Rede sein. Hätten die Profs auf einer Durchführung bestanden, wäre - unserer Meinung nach - nur ein geringerer Teil der Student/inn/en bereit gewesen, die Veranstaltungen zu boykottieren. Positiv war, daß ein Großteil der Steikenden sich im Streikcafe einfand und so die Beteiligung am Streik dokumentierte. Leider fand innerhalb des Streikcafes kaum eine Diskussion über die Problematik der Studiengebühren selbst und über Perspektiven des weiteren Widerstandes gegen deren Einführung statt. Der gehoffte Austausch mit anderen Fachbereichen kam nicht zustande. Die Beteiligung an der anschließenden Demo hätte, gemessen an der Zahl der immatrikulierten Bio-Student/inn/en (1.400), höher sein können. Dies liegt zum einen sicher

daran, daß die Zahl der an hochschulpolitischen Themen desinteressierten Student/inn/en ständig steigt, und das eine Minderheit existiert, die bereit ist, Gebühren zu bezahlen. Auch ist es nicht gelungen, die Leute zu motivieren, die ihr Hauptstudium bereits abgeschlossen haben. Dort herrscht leider oft die Mentalität, sich mit diesen Problemen nicht mehr auseinandersetzen zu müssen.

Die Beteiligung des AStA - Uni Bonn am Aktionstag ließ leider auch sehr zu wünschen übrig. (War schlicht beschissen - derpeter) Weder beteiligte er sich am Streikcafe und ließ somit eine Gelegenheit aus, seine politischen Ansprüche darzustellen, noch beteiligte er sich an der Demonstration. Aktive Teilnahme des AStA an den Aktionen der Fachbereiche muß selbstverständlich sein, da er sonst zu einem basisfremden, abgehobenen Gremium verkommt.

Auch gegenüber dem Ministerium ist der Aktionstag sicherlich nur ein Teilerfolg. Das Ministerium hat, wie oben beschrieben, nicht endgültig auf die Erhebung von Gebühren verzichtet. Wir sind jedoch erst zufrieden, wenn der generelle Verzicht auf Ersatzgelder, offiziell schriftlich bestätigt, und auch, wie in Bayern bereits geschehen, im WissHG (Wissenschaftliches Hochschulgesetz) verankert ist. Leider herrscht unter vielen Studierenden der Glaube, daß mit diesem einstweiligen Verzicht die Gebühren endgültig vom Tisch sind. Hiervon kann aber auf keinen Fall die Rede sein, im Gegenteil, es stehen noch viele Punkte zur Diskussion.

### Perspektiven

Die Ungereimtheiten, die gerade in der letzten Woche, in der Position des Ministeriums immer wieder auftauchen, müssen endgültig beseitigt werden. Dann muß endgültig die Zuständigkeit für die bestehende Problematik geklärt werden. Es kann nicht angehen, daß sich Ministerium und Rektorat den Schwarzen Peter ständig gegenseitig zuschieben, ohne zu einer Lösung zu kommen. Die Student/inn/en haben in diesem Fall allerdings nur eine außenstehende Position, da unser Interessen mit den Umstrukturierungsplänen des NRW-Bildungsministeriums

in direktem Gegensatz stehen. Die einzige Möglichkeit für uns, Einfluß zu nehmen, besteht in einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, um so die Basis des Widerstandes zu verbreitern. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit anderen Bio-Fachschaften auf Landes- und Bundesebene ebenso wie die Zusammenarbeit mit anderen, von Studiengebühren betroffenen Fachbereichen an der Uni Bonn.

Weiterhin muß die Problematik aber auch im Fachbereich Biologie stärker verankert werden. Die Diskussionen, die bislang geführt wurden, dürfen nicht mit der Aktionswoche enden. Informationen müssen allen Student/inn/en direkt zugänglich sein.

Nur wenn viele Leute bereit sind, den Widerstand zu tragen, ist es möglich, den Druck auf das Ministerium zu verstärken. Hierzu zählt auch, daß öffentliche Diskussionen über die Hintergründe zur Einführung von Studiengebühren und über die Entwicklung in den hochschulpolitischen Strukturen geführt werden müssen. Nur dann wird deutlich, daß die Studiengebühren nur ein Mittel sind, Hochschulen im Sinne von Kapitalinteressen umzuwandeln. Erst wenn diese Zusammenhänge erkannt werden, besteht die Möglichkeit, aus einer 'Ein - Punkt - Bewegung' nur gegen Studiengebühren herauszukommen.

Birgit Felinks, Klaus Striepen

### Anzeige

#### SCHREIBARBEITEN

C		S
H		H
R		R
E		E
I		I
B		B
A		A
R		R
B	* Korrekturabzug vorab	B
E	* Blocksatz	E
I	* versch. Schrifttypen	I
T	* Fettdruck	T
E	* Seite DM 3,50	E
N	Tel.: 481142	N



## Bericht von der VDS-MV in Dortmund

Die Vereingte Deutsche Student/inn-enschaft, der Dachverband aller Asten, lebt! Nachdem Jusos und Basisgruppen die letzte Mitgliederversammlung im März in Münster kurz vor der Wahl unter Protest verlassen hatten, obwohl man sich schon über Sachfragen geeinigt hatte, wurde die VDS schon tot geglaubt. MSB- (Marxistischer Studentenbund Spartakus) und SHB- (Sozialistischer Hochschulbund) dominierte Asten wählten dennoch einen Vorstand, der ohne die Anerkennung der anderen Gruppen bis letzte Woche im Amt blieb. Das Ende der VDS wäre endgültig besiegelt gewesen, wenn es diesmal ähnlich verlaufen wäre. Doch ohne einen starken Dachverband der Asten, der auch bereit ist, trotz zahlreicher Repressionen politisch zu arbeiten, wäre die Chance für Bundesbildungsminister Möllemann, die VDS abzuschaffen und stattdessen ein Bundesstudentenparlament einzuführen, wesentlich größer. Doch damit wäre uns die Möglichkeit einer effektiven politischen Arbeit sehr erschwert, wenn nicht lahmgelegt. Gerade diese politische Arbeit ist es ja, die die Rechten der VDS immer wieder vorwerfen und wegen der sie sie mit Klagen überhäufen. (Dabei ist zu bemerken, daß nur zwei von ca. 200 Asten im ganzen

Bundesgebiet von rechten Gruppen getragen werden.) Doch wir sind davon überzeugt, ein Organ zu brauchen, das wirksam gegen Stellenstreichungen, Studiengebühren, Elitestudium und forschungspolitische Verzahnungen zwischen Universität und Wirtschaft eintritt.

Dieses Organ ist jetzt also gerettet und gedenkt, auch weiterhin nicht den Mund zu halten, wenn wieder einmal an der Bildung gespart werden soll.

Trotz dieses starken Einigungswillens aus politischer Notwendigkeit, der bei allen Gruppen vorhanden war, war die gesamte MV doch mit erheblichen Konflikten durchsetzt, so daß das Knistern manchmal schon eine erneute Explosion vermuten ließ. 3 1/2 Tage dauerte die Versammlung - ein Ende wurde am Sonntagmorgen um 5.00 Uhr gefunden.

Hauptziel aller Verhandlungen war eine umfangreiche Demokratisierung der inneren Strukturen. Konkret heißt das unter anderem: Aufwertung des Zentralrates (=höchstes beschlußfassendes Organ der VDS außerhalb der Mitgliederversammlungen, bestehend aus 30 Asten), projektorientierte Arbeit, 2/3-Mehrheit im Zentralrat für alle wichtigen Entscheidungen, insbesondere bundesweite Aktionen (damit nicht eine Strömung mit einfacher

Mehrheit entscheiden kann, wo's langgeht), die Möglichkeit, bei gemeinsamen Publikationen abweichende Meinungen als solche herauszustellen. Außerdem heißt der Vorstand jetzt Koordinationsausschuß (KA), um ihm auch verbal weniger Bedeutung beizumessen, und hat künftig sechs statt sieben Mitglieder - ein Mitglied aus jeder Strömung. So wurde für den MSB Kay Müllges gewählt, für den SHB Heidi Keck und für den RSG Walter Wude. Norbert Kunz ging für die Jusos in den KA der VDS, für die Unabhängigen ("U's") Jürgen Hillesheim und für die Basisgruppen vorläufig Eckard Heinrich, wobei allerdings das endgültige Mitglied erst auf der nächsten bundesweiten Basisgruppenkonferenz festgelegt werden soll.

Streitigkeiten gab es insbesondere um folgende Punkte:

Die Basisgruppen bestanden darauf, daß künftig keine Stimmen mehr von den nicht auf der MV anwesenden Hochschulen an irgendwelche Leute delegiert werden können, sondern nur an eine/n Vertreter/in ihrer Hochschule mit Immatrikulationsbescheinigung.

Damit wird beabsichtigt, sogenannte "Fischzüge" gewisser Strömungen unmöglich zu machen, die jeweils vor den MV'S die Stimmen der nicht anwesenden Hochschulen für sich sichern konnten.

Nach mehrstündiger Diskussion stimmten alle Asten diesem Vorschlag zu.

Der zweite Konfliktpunkt bezog sich auf die Möglichkeit, durch Antrag von sechs Asten im Zentralrat auch die Notwendigkeit von 2/3-Mehrheiten bei anderen als bundesweiten Beschlußfassungen festzulegen. Die Zahl sechs ist dabei das Ergebnis aufreibender Händel zwischen den Fraktionen.

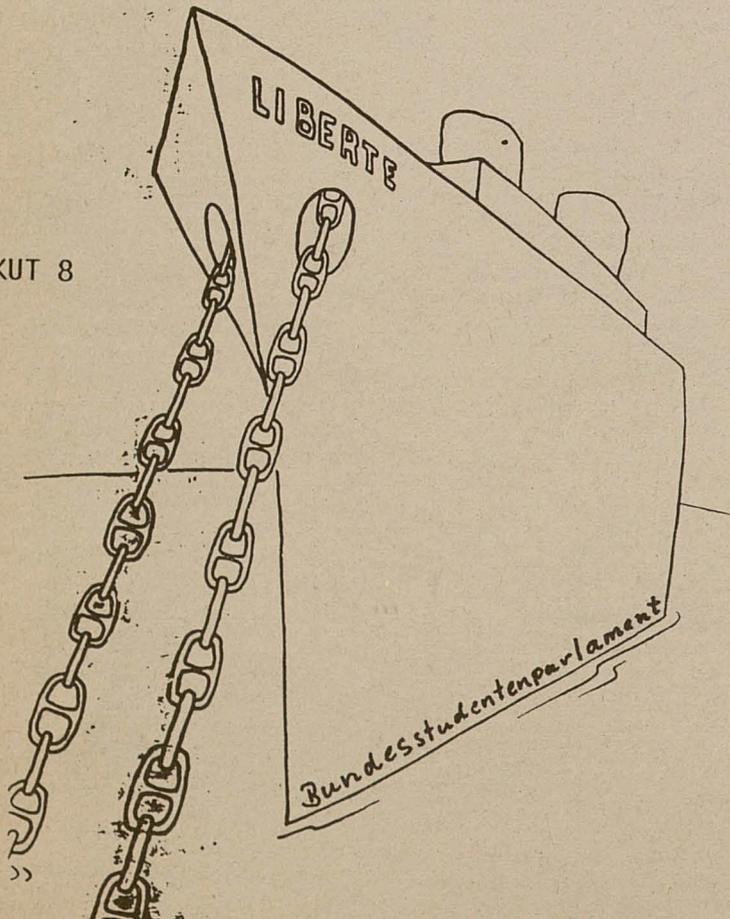
Doch trotz aller Ärgernisse: Die Einigkeit wurde hergestellt und die politische Arbeit kann fortgesetzt werden.

Nächste Aktion: Durchführung einer bundesweiten Demonstration am 28. 11. in Bonn, unter Beteiligung aller von der Sparpolitik betroffenen Gruppen wie: Schüler/innen, Student/inn/en, Gewerkschafter/innen.

Ziel der Demo soll es sein, den inhaltlichen Zusammenhang und die politische Grundhaltung aller Spar-, Kürzungs- und Umverteilungsmaßnahmen der letzten Monate auf dem Wissenschaftssektor zu verdeutlichen.

Anna Köbberling

AKUT 8



Das Verbot der Wahrnehmung des politischen Mandates geistert wieder mal durch die AStA-Etage, per Gesetz erlassen im wissenschaftlichem Hochschulgesetz (WissHG), § 71 Abs. 3 : "Die Studentenschaft fördert auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz ihrer Mitglieder. Eine über die Aufgaben der Studentenschaft hinausgehende allgemeinpolitische Willensbildung vollzieht sich in den studentischen Vereinigungen an der Hochschule."

maligen Studies doch für " die Freiheit unserer Brüder und Schwestern in der SBZ" mit Fackelzügen an der Berliner Mauer oder Sternfahrten zur "Zonengrenze". Im Zuge der beginnenden StudentInnenbewegung jedoch kippten die meisten ASten nach links und nun war politisches Engagement

Nett umschrieben wird hier das Verbot der Organe der verfaßten Studentenschaft, sich über hochschulpolitische Belange hinaus zur Politik zu äußern. Tut ein Organ der VS ( Verfaßte StudentInnenschaft) dies dennoch, kann entweder der Rektor der Universität eingreifen, indem er etwa Räume für Veranstaltungen nicht freigibt oder Gelder für bestimmte Vorhaben im StudentInnenhaushalt streicht. Oder aber Mitglieder der VS klagen beim zuständigen Verwaltungsgericht (für den Bonner AStA in Köln) wegen des angeblich gesetzwidrigen Verhaltens.

Laun und Alexander Nowak, 1985 noch SP-Kandidaten für die Liste Demokratisches Forum (SLH). Novak nutzt seine Klagen mittlerweile sogar für seine berufliche Karriere: er promoviert zum Thema Politisches Mandat!

gar nicht mehr gefragt. So hatte der Berliner FU-AStA 1965 massive Schwierigkeiten, Veranstaltungen zum Thema Vietnamkrieg in den Räumen der Universität durchzuführen. Die Probleme linker ASten, sich über die Hochschule hinaus politisch zu äußern, ziehen sich bis heute hin. Im konservativen Klima der Stadt Bonn und speziell seiner Universität ist der hiesige AStA besonders damit geschlagen. Schon kurz nach der Amtsübernahme 1983 kam die erste Klage auf den Tisch: Der AStA hatte sich boshafterweise zur damals aktuellen Diskussion um die Raketenstationierung geäußert. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln ging positiv für die Kläger (die oben erwähnten Herren) aus.

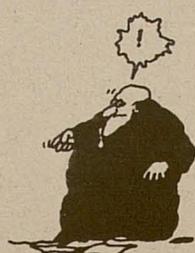
## POLITISCHES MANDAT: WIR MACHEN WEITER!

Ein linker AStA aber steht zur Wahrnehmung des PM (Politischen Mandates). Seit der Amtsübernahme vor mehr als vier Jahren kam es deshalb immer wieder zu Konflikten mit dem Rektorat ( z.B. Verbot des Friedensreferates 1983, Verbot der Kritischen Uni 1985) oder aber zu Klagen von rechten Studenten. Interessanterweise sind es bis heute immer dieselben Denunzianten, die auf diese Weise versuchen, den AStA mundtot zu machen. Immer sind es dieselben, die statt einer politischen Auseinandersetzung das herrschende Recht benutzen, um den politischen Gegner fertigmachen: Rudolf von

Sicherlich mag es interessant sein, sich juristisch mit der Sache auseinanderzusetzen, so hat es beispielsweise noch keine hinreichende Begründung gegeben, warum die Verfaßte StudentInnenschaft eine Zwangsmitgliedschaft beinhaltet. Spannender finde ich persönlich allerdings die politische Ebene.

Mensch muß sich bei der Auseinandersetzung die Geschichte der Verfaßten StudentInnenschaft in der BRD vor Augen halten: Bis zur Mitte der 60er Jahre wurde von Politikerseite das Engagement der Allgemeinen StudentInnenausschüsse durchaus begrüßt. Kein Wunder, demonstrierten die da-

Seitdem droht dem AStA bei Wiederholung ein Ordnungsgeld zwischen 5,- und 500.000,- DM. Natürlich kam es zu Wiederholungen, weil wir uns so schnell das Maul (aber Bert, die Setz.) nicht verbieten lassen. So u.a. im Verlauf der weiteren Friedensdiskussion, in der Diskussion um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz 1986, der Volkszählung, oder auch in diversen Akutartikeln, da die AKUT gleichfalls als Organ der Bonner StudentInnenschaft der restriktiven Gesetzgebung unterliegt. All dies sind Dinge, die vor dem Verwaltungsgericht angefochten wurden bzw. immer noch werden (die Prozeße ziehen sich meist über Jahre hin).



Ein weiterer Punkt in Sachen PM-Klagen scheint mir besonders erwähnenswert: Meist versuchen Antragssteller und Antragsgegnerin (d.h. der AStA) sich gütlich auf einen Vergleich zu einigen, damit das zu zahlende Geld wieder einer sinnvollen studentischen Einrichtung zugute kommt, z.B. einer studentischen Kinderkrippe. Der letzte Vergleichsvorschlag der Herren war



allerdings überhaupt nicht studentInnenbezogen. Er lautete sinngemäß, die Vergleichssumme den "Sanitätern für Afghanistan" zu spenden, damit der AStA seinen Teil dazu beitrage, die im Namen des Sozialismus verübten Verbrechen wiedergutzumachen. Womit wir dann eben genau Gelder veruntreut hätten, nämlich Beiträge aus dem StudentInnenchaftshaushalt für eine allgemeinpolitische Institution gespendet hätten. Das zeigt die Wahre Linie der Ankläger: Solange sich die StudentInnenchaft gegen Pershing II, Volkszählung, Apartheid etc. ausspricht ist das gegen das Gesetz. Aber die Unterstützung der "Sanitäter für Afghanistan" soll plötzlich im Rahmen der Gesetze sein! Als Linker, der dem orthodoxen Marxismus eher kritisch gegenübersteht, bin ich weiß Gott nicht für die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ich denke nur, daß das politische Mandat nicht teilbar ist - Afghanistan si - Nicaragua no, - das geht sicher nicht. Andererseits ist an diesem Beispiel aber die politische Dimension, die hinter den vordergründig rein rechtlich begründeten Klagen steckt, klar zu erkennen. Geht es um linke Positionen, so ist dies nicht rechtens, weil nicht sein kann, was

nicht sein darf. Deshalb geht bei der Auseinandersetzung um das PM auch nicht um Recht und Gesetz, sondern um unterschiedliche politische Positionen. Und daher muß die Auseinandersetzung mit politischen Mitteln geführt werden, nicht mit Hilfe der bürgerlichen Klassenjustiz. Die Klagen gegen AStA, gegen Angehörige von Hochschulgruppen und jetzt sogar gegen die gesamte linke Fraktion im SP wegen Volkszählungsboykotts zeigen allerdings, daß die Rechten augenscheinlich nicht fähig sind, sich mit den politischen Argumenten der Linken auseinanderzusetzen, sondern fast nur noch den juristischen Weg gehen können oder wollen.

Die verfaßte StudentInnenchaft ist deshalb aufgerufen, sich offensiv mit dem Problem politisches Mandat auseinanderzusetzen und sich gegen die Kriminalisierung von AStA-Mitgliedern, SP-KollegInnen und Leuten aus den Hochschulgruppen sich auf politischem Wege zu wehren.

**Wir lassen uns den Mund nicht verbieten!!!**

Bert Schellenberger

# LEBEN von LUFT und WISSENSCHAFT

Unter diesem Motto fand vom 30.9. bis zum 2.10. eine Tagung über studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte in Berlin (West) statt, an der der Verfasser mit drei anderen Mitgliedern der Bonner Hilfskräfte-Initiative und über 150 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahm.

## Leben für Wissenschaft

### - Leben von Wissenschaft

Nur vom Vertreter der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die Arbeitgebervereinigung, die für Hilfskräfte zuständig ist) wurde in Berlin bestritten, daß Hilfskräfte und Tutoren für den Betrieb der Hochschulen unentbehrlich sind. Er meinte, Hilfskräfte übten nur minderwertige Tätigkeiten aus.

Für alle, die in den letzten 20 Jahren eine Hochschule von innen gesehen

haben, ist offensichtlich, daß ohne Hilfskräfte, die wissenschaftliche Bücher schreiben, Bibliotheken beaufsichtigen, in Rechenzentren arbeiten usw., und Tutoren, die Praktika und Übungsstunden abhalten, kein Studium mehr möglich ist.

Trotzdem werden sie behandelt wie im Frühkapitalismus. Nicht einmal als Arbeitnehmer gelten sie, Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind von der Gnade des Finanzministers und des jeweiligen Dienstherrn an der Hochschule abhängig. Mal gibt es Weihnachtsgeld, mal nicht; mal wird man

mit Sozialversicherung eingestellt, mal nicht; mal übt ein/e wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in eine Tätigkeit aus, mal eine wissenschaftliche oder sogar eine studentische Hilfskraft. Manche haben keinen Urlaubsanspruch, andere bekommen drei Monate; Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist zwar gesetzlich vorgeschrieben, aber wer will sie seinem zukünftigen Prüfer oder Doktorvater gegenüber schon durchsetzen? Der Erfahrungsaustausch in Berlin hat klargemacht, daß diese Probleme überall gleich sind - außer in Berlin.

## Das Berliner Modell

In Berlin existiert seit fast 20 Jahren ein Personalrat der studentischen Beschäftigten und seit 1980 ein Tarifvertrag für Hilfskräfte und Tutor/innen/en, der im Winter 1986 durch einen zweiwöchigen Streik gegen radikale Eingriffe der Berliner Landesregierung verteidigt werden konnte. Der Tarif-

vertrag gilt (nach unserer Terminologie) für studentische Hilfskräfte und Tutor/inn/en; wissenschaftliche Hilfskräfte gibt es in Berlin nicht.

Warum, so fragten sich Betroffene aus dem gesamten Bundesgebiet nach dem Berliner Erfolg vom Winter 1986, soll so etwas nicht auch bei uns möglich sein? Seither entstanden in Niedersachsen, NRW und Baden-Württemberg Hilfskräfte-Initiativen; die Bonner gibt es seit Mai 1986. Die Berliner Tagung zeigt, daß das Anliegen der Hilfskräfte auf dem besten Weg ist, zu einer bundesweiten Bewegung zu werden.

## Was bringt die Initiative den Einzelnen

Weit verbreitet ist der Glaube, man könne ja doch nichts machen und wenn, dann erst in vielen Jahren, wenn keine/r der Jetzigen mehr an der Uni ist. Das ist falsch. Einige Beispiele belegen, was auch ohne Tarifvertrag und eigenen Personalrat für die Hilfskräfte und Tutor/inn/en getan werden kann:

Sobald erkennbar war, daß sich in NRW die Hilfskräfte in Initiativen formierten, reagierte der Finanzminister. Schon der bloße Zusammenschluß zu Initiativen bewegte ihn dazu, trotz der miserablen Finanzlage des Landes die Gehälter der Hilfskräfte zum 1.10.86 um 3,5 % zu erhöhen.

Die in Berlin anwesenden Personalräte wiesen darauf hin, daß die bestehenden Personalräte der wissenschaftlichen Mitarbeiter sich für Hilfskräfte und Tutor/inn/en einsetzen können, obwohl sie nach dem Gesetz nicht für sie zuständig sind. Im LPVG (Landespersonalvertretungsgesetz) gibt es Bestimmungen, die eine Vertretung der Hilfskräfte durch den Personalrat der wissenschaftlichen Mitarbeiter möglich machen. Zum Beispiel kann sich der Personalrat für die Arbeitssicherheit der Hilfskräfte einsetzen, die in den Naturwissenschaften nicht immer gegeben ist.

Seit dem Sommer dieses Jahres wird von der Hilfskräfte-Initiative eine regelmäßige Beratung durchgeführt. Jeden Dienstag von 12 - 14 Uhr steht Dieter Meier im AStA-Zimmer 16 für alle Fragen, die die Hilfskräfte und Tutor/inn/en betreffen, zur Verfügung. Wer weiß schon, welche Ansprüche er/sie im Krankheitsfall hat? Was tun, wenn man ständig länger arbeiten muß als im Vertrag vereinbart? Gibt es einen Urlaubsanspruch? Diese und andere Fragen können dort beantwortet werden.

Durch Unterstützung der GEW wurde es möglich, die Nachzahlung der in den letzten Jahren vorenthaltenen Lohnerhöhungen für zahlreiche Hilfskräfte vor Gericht durchzusetzen. Mittlerweile haben etliche einen schönen Nachschlag bekommen.

## Wie weiter?

Natürlich ist all das noch nicht genug. Von der Willkür der Arbeitgeberseite befreien können letztlich nur Tarifvertrag und ausdrückliches Vertretungsrecht des Personalrates. Der Weg dahin wird sicher nicht schon in diesem Jahr zum Ziel führen. Trotzdem

vorher völlig ignoriert hatte. Auch in den Gewerkschaften bewegt sich etwas. Der ÖTV-Bundesvorstand verabschiedete ein Rahmenpapier zur Hilfskräftefrage und die GEW veranstaltet in NRW landesweite Koordinierungstreffen der Initiativen.

Auch die Bonner Hilfskräfte haben sich für das Wintersemester etwas einfallen lassen: eine Informationsveranstaltung, eine Pressekonferenz und eine heiße Winterwoche im Dezember. Mehr wird noch nicht verraten: Genaueres ist bei den Treffen der Initiative all zwei Wochen dienstags um 19 Uhr im AStA zu erfahren. <sup>1</sup>Übrigens: Jede/r Neue ist herzlich willkommen. Nähere Informationen und die genauen Zeiten der Treffen sind zu erfahren bei:



Die Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte

besteht kein Grund zum Pessimismus. Seit zwei Jahren hat die Hilfskräftebewegung trotz zwischenzeitlicher Rückschläge an Stärke zugenommen. Die Berliner Tagung gibt zur Hoffnung Anlaß, daß dies so weitergehen wird.

Mittlerweile kann man die Hilfskräfte nicht mehr übersehen. Die TdL sah sich veranlaßt, ihren Geschäftsführer zur Berliner Tagung zu entsenden, während, während sie die Hilfskräfte

Dieter Meier (im AStA: 737044, dienstlich: 732521, privat: 660246)

Horst Lüdke (325002)

Frauke Gützkow (dienstlich: 737867, privat: 230349)

Arnd Kluge (470542)

Arnd Kluge

**The Untouchables**

USA 1987, Regie: Brian de Palma, 120 min., Farbe

Chicago, Prohibition, Al Capone. Drei Begriffe, die seit Generationen Stoff für unzählige Filme liefern. Thema: Gut gegen Böse, klassisches Sujet. Nun hat Brian de Palma ein Remake des legendären "Scarface" vorgelegt: The Untouchables - Die Unbestechlichen. Eine Orgie von Gewalt und Blut - perfekt inszeniert, exakt getimed.

Story: Chicago 1930, Prohibition. Die Stadt ist ein Moloch von Kriminalität und Korruption, dem nicht beizukommen ist. Al Capone (Robert de Niro) herrscht scheinbar absolut, ein moderner Monarch. Um dem gesetzlosen Treiben Einhalt zu gebieten, schickt das US-Schatzamt Elliot Ness (Kevin Costner) in den ungleichen Kampf - Einer gegen alle.

Sein erster Einsatz unter Zuhilfenahme "regulärer" Polizeitruppen wird ein grandioser Schlag ins Wasser.

Durch Zufall lernt Ness den alternden Streifenpolizisten Jimmy Malone (Sean Connery) kennen und baut mit ihm zusammen ein Team auf, das endlich aufräumen soll: "The Untouchables", Ness, Malone, ein Buchhalter, ein Polizeirekruit. Eigentlicher Motor des Kampfes ist der Ire Malone, der auch mit illegalen Mitteln gegen Capone vorgeht.

Capone verliert letzten Endes: Wegen Steuerhinterziehung wird er zu elf Jahren Haft verurteilt. Ness zahlt einen hohen Preis für seinen Erfolg: Gestorben wird reihenweise in De Palmas Film.

Streckenweise scheint die Gewalt, manifestiert im eimerweisen Gebrauch von Filmblood, Selbstzweck zu sein - Trauriger Trend Hollywoods.

Da prügelt Robert de Niro einem Kumpan an festlich gedeckter Tafel mit einem Baseballschläger das Hirn aus dem Schädel, anderswo gibt es Kopfschüsse in Großaufnahme.

Doch mensch muß sich auch fragen, ob die Darstellung brutaler Zeiten nicht auch brutale Bilder zuläßt.

Die Entscheidung muß dem/der Zuschauer/in überlassen bleiben.

Mein Eindruck: Weniger wäre mehr gewesen.

Zusammenfassung: Viel Hollywood - Gewalt und etwas weniger Hollywood - Zuckerguß, spannend aufgebaut, getragen von Ennio Moricones herrlich pathetischer Musik perfekt inszeniert - Sehenswert ja - ein unbedingtes Muß - nein.

Hauke Eyerdam

**Klamm, Heimlich und Freunde  
- Die Siebziger Jahre**

Elefan-  
ten Press, Westberlin 1967,  
29,80 DM

In bewährter Manier der Bilderlesebücher über die 40er, 50er und 60er Jahre ist bei Elefanten Press jetzt der Band über die 70er Jahre erschienen, der in 26 Bträgen und einer Vielzahl von Bildern und Dokumenten ein Jahrzehnt mit seinen kulturellen und politischen Bewegungen und Ereignissen aufrollt, die in vieler Hinsicht tiefe Einschnitte und Umbrüche markieren.

Da werden die Ostverträge abgeschlossen, die Bildungsreform begonnen, Vietnam gelingt die Befreiung, der Faschismus in Spanien, Griechenland und Portugal wird beseitigt, die Ökologie- und die Frauenbewegung entstehen, Willy Brandt - angetreten zu "mehr Demokratie wagen" - beschließt zusammen mit den CDU-Ministerpräsidenten die Berufsverbote, eine politische Rockkultur und die Liedermacher erobern die Bühnen, die Wohngemeinschaft wird eine weit verbreitete Lebensform und die RAF wird zum Volksfeind Nr.1 hochstilisiert.

Zu diesen und vielen anderen Themen haben die Herausgeber kompetente Autorinnen und Autoren gefunden, die ihr Thema kurz und prägnant darstellen, das nötige Vorwissen beim Leser nicht voraussetzen, sondern vermitteln. Daß bei komplexen Themen wie Vietnam oder China keine letztgültigen Wahrheiten zu Papier gebracht werden, ist den Autoren klar.

Aber sie schaffen es, Entwicklungslinien aufzuzeigen, wecken die Lust, an bestimmten Themen weiterzulesen und vermitteln durch die gelungene Kombination von Wort und Bild ein sinnliches Lesevergnügen. Bei manchen Beiträgen vermißt die geweckte Wissensbegierde leider weiterführende Literaturhinweise. Auch fehlen mir Beiträge zur Entwicklung der Studentenbewegung und zur DDR. Dagegen hat der Band ein gutes Register und eine hervorragende Chronik.

Arnold Bruns (Progress Buchhandlung)



**AU CHATEAU** -  
die "andere" Pinte/  
Disco in der Südstadt,  
Argelanderstr. 24  
außer Dienstags ab  
20.00 Uhr

Unser Sportangebot umfaßt:



Informationen unter Telefon 210701

## LUST ★

Als BAFöG 1971 das Honnefer Modell ablöste, war es gedacht, StudentInnen aus kinderreichen und schlecht verdienenden Familien abzusichern und ihnen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Es wurde zunächst als Stipendium vergeben, die Vergabekriterien waren und sind an eine Regelstudienzeit gebunden. Diese Regelzeiten wurden in einigen Fächern gesenkt. Seit Ende der 70er Jahre wird BAFöG als Teil- und seit 1983 Voll darlehen vergeben, d.h. die Leute müssen das Geld zurückzahlen.

LUST meint, daß BAFöG alle bekommen sollten, die nicht arbeiten und mit ihrer Fortbildung, Qualifizierung, Ausbildung beschäftigt sind. Dies muß als Grundsatz im Bündnis mit allen, die im Bildungssektor lernen, durchgesetzt werden.

Die Förderung sollte nach Bedürfniskriterien erfolgen. Sie sollte sich am von der GEW ausgerechneten Satz von ca. 1044 DM orientieren und elternunabhängig gewährt werden, damit SchülerInnen und StudentInnen nicht von den Eltern behindert und erpreßt werden können. Um Reiche nicht von der Unterhaltung ihrer Kinder zu entbinden, könnte eine Bildungssteuer erhoben werden; die Reichen zahlen für die Ärmern mit. Auch durch erzwungene Arbeit zur Deckung der Bedürfnisse werden Zwänge eingeführt. Das BAFöG sollte deshalb ohne Auflagen vergeben werden, eine Höchstdauer wäre aber denkbar. Vor allem für Frauen würde ein solches BAFöG Ausdehnung Lebens- und Emanzipationsperspektive bedeuten, die sich z.Zt. verschlechtert.

Auch AusländerInnen müssen volles BAFöG bekommen, damit die diskriminierende Haltung von Parteien und Behörden durchkreuzt wird.

Der Kampf für ein BAFöG, welches alle Bildungswilligen dem kapitalistischen Zwangsarbeitssystem ein Stück weit entzieht, muß begonnen werden und gegen die Politik der Verstärkung des materiellen Drucks durchgesetzt werden. Die Sparpläne Möllemanns und die Politik der NRW-Landesregierung (versteckte Erhebung von Studiengebühren) müssen aufgehoben, der Angriff der Herrschenden gegen uns muß in einen Angriff gegen sie umgekehrt werden.

(Perspektivisch ist die LUST für Nivellierung der Einkommen, womit sich das Problem armer und reicher Eltern ergäbe.)

## Pluralismusseite

### Thema: BaföG/ Studienfinanzierung

## Krit. FS ler

Ist die Bedeutung der Bildung zeitabhängig??

Das BaföG wurde 1971 bundesweit eingeführt. Gründe hierfür waren ein zunehmender Bedarf der Wirtschaft an höher qualifizierten Wissenschaftlern und Technologen. Entscheidend aber war: Bildung hatte einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft, ihre Verbesserung wurde als dringend notwendig erachtet. Das große Schlagwort zu dieser Zeit lautete: **Bildung für alle!** Die Finanzierung der Förderung stellte zwar ein Problem dar, dennoch wurde das BaföG als Stipendium eingeführt.

Aus heutiger Sicht war dies der Höhepunkt in der Bedeutung der Bildungspolitik der BRD.

Doch schnell erfolgten die ersten Rückzieher: schrittweise wurde das Stipendium zu einem Darlehen umfunktioniert; zunächst mit einer "Eigenbeteiligung", dann als - immerhin zinsloser - Kredit. Darüber hinaus blieben die gelegentlichen Erhöhungen des BaföG-Höchstsatzes stets unter den realen Teuerungsraten.

Begründet wurde dies durch Finanzierungsschwierigkeiten und der aufkommenden Akademikerschwemme, aus der die Notwendigkeit einer Reduzierung der StudentInnenzahlen abgeleitet wurde. Dies wiederum sollte durch die Kürzung der Förderungsmittel erreicht werden, da dadurch der Zugang zur Hochschule für Minderbemittelte erschwert wurde. Damit ergab sich aber auch, daß Bildung nur noch für den oder die möglich wurde, der/die es sich leisten konnte.

Damit hat sich das BaföG von seinem Ursprungsgedanken weit entfernt, die Bedeutung der Bildung wurde drastisch verringert.

Wir vertreten dagegen die Auffassung, daß Bildung dieselbe Bedeutung wie vor 15 Jahren hat, daß Bildung unabhängig vom herrschenden System und wirtschaftlichen Gegebenheiten einen hohen Stellenwert hat, daß die Bedeutung der Bildung nicht zeitabhängig ist.

Deshalb fordern wir eine kostendeckende, an die Teuerungsrate angepaßte Förderung über einen ausreichend langen Zeitraum.

Das schließt aber auch die Einführung von Studiengebühren, Praktikumsgebühren u.ä. aus, die wegen des zunehmenden Abbaus der Mittel im Hochschulbereich diskutiert und teilweise sogar schon praktiziert werden. Auch überfüllte Vorlesungen und Seminare, zu Vorlesungen degenerierte Übungen und die Streichung von Studiengängen zeigen den Ausverkauf der Bildung.

Es ist mehr als fraglich, ob es sich ein hoch entwickelter Staat wie die Bundesrepublik auf Dauer leisten kann, der Bildung eine solch untergeordnete Rolle zuzuweisen.

Die momentan mangelhafte Bildungspolitik wird ihren Preis zahlen und das wird spätestens Ende der 90er Jahre sein - doch welcher Politiker denkt schon länger als eine Legislaturperiode.

# GAG

Grüne Alternative Gruppe Uni

Die jetzige BAFöG-Situation ist untragbar. Auch die von Bundesbildungsminister Möllemann vorgeschlagenen Modifikationen sind im Endeffekt nichts anderes, als bloße publicityträchtige Maßnahmen, die aber jeglicher grundlegender Änderungen und Verbesserungen entbehren, da immer noch nicht alle Studierenden gefördert werden, die es nötig haben (Mittelstandsloch). Daher schlagen wir folgendes vor:

1. Jede/r Studierende bekommt BaföG auf Antrag.
2. Der Förderungssatz beträgt für alle AntragstellerInnen 1000 DM/Monat

(Mindestförderung nach Studentenwerk vor 2 Jahren).

3. Die Förderungshöchstdauer wird der durchschnittlichen Studiendauer angepaßt.

4. Finanzierung: Jede/r ehemals Geförderte, deren/dessen Verdienst ein gewisses Mindesteinkommen überschreitet, führt mit der Steuer 3,5% ihres/seines Einkommens ab. In Phasen der Arbeitslosigkeit bzw. der Arbeitsunfähigkeit ruht die Rückzahlung selbstverständlich. Dieser Finanzierungsmodus stellt eine Art "Solidarbeitrag" dar, der nachfolgenden Studierenden die Ausbildung ermöglicht.

5. Übergangsregelung: Diejenigen, die nach herkömmlichem Modus gefördert werden/wurden, zahlen noch nach der bisherigen Regelung zurück.

Diese Überlegungen sollen nur für die jetzige Finanzlage des Bundes gelten. Sobald eine Umverteilung von Geldern z.B. aus dem Rüstungs- in den Sozial- und Bildungshaushalt möglich ist, wofür wir uns definitiv aussprechen, soll das Bafög auf Stipendienbasis umgestellt werden.

# WEHRT EUCH!

Das gegenwärtige System der Ausbildungsfinanzierung, durch vielfache an der Tagespolitik orientierte Eingriffe zu einem Torso des ursprünglichen Gesetzeswerkes zusammengestutzt, befindet sich in mehrfacher Hinsicht in einer Sackgasse. Folgende Faktoren haben diese Entwicklung bewirkt:

Absinken der Förderungsquote bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl elternunabhängig geförderter Student/innen. Trotz intensiver Werbung für die Beantragung von Leistungen nach dem Bafög-Gesetz in Schriften des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und durch die Ämter für Ausbildungsförderung, geht die Zahl der geförderten Student/innen besonders an wissenschaftlichen Hochschulen Jahr für Jahr zurück. Im Berichtsjahr des Studentenwerks Bonn ist die Zahl der Anträge auf Ausbildungsförderung erneut zurückgegangen,

Den vollen Förderungsbetrag von 823 DM monatlich bei auswärtiger Unterbringung des/der Studierenden erhält höchstens ein Drittel der geförderten Student/inn/en; bei einer Gefördertenquote von 25% aller immatrikulierten deutschen Student/inn/en erhalten somit lediglich etwa hunderttausend den vollen Förderungssatz. Ein Drittel dieser Student/inn/en wird ohne Anrechnung von Elterneinkommen gefördert, weil sie vorher eine andere Berufsausbildung abgeschlossen oder entsprechende Zeiten von Erwerbstätigkeit nachweisen können. Diese Gruppe wurde in den vergangenen Jahren immer größer und bewirkte, daß die Zahl der geförderten Student/inn/en nicht noch weiter abgesunken ist. Dies bedeutet gleichzeitig, daß bei den gegenwärtigen Freigrenzen vom Elterneinkommen lediglich zwischen 60000 und 70000 der deutschen Student/inn/en den Bafög-Höchstsatz auf Grund ihrer Bedürftigkeit erhalten.

# &



Die Voll Darlehensregelung führt außerdem zu Problemen mit anderen Leistungsgesetzen:

#### Wohngeldgesetz

Der Ausschluß von Studierenden, die dem Grunde nach förderungsfähig sind, vom Wohngeldbezug dürfte bei einer entsprechenden Vorlage an das Bundesverfassungsgericht ebenfalls, gemessen an Art. 3 GG, nicht mehr haltbar sein. Das BVerfG würde unter Würdigung der im Beschluß vom 18. November 1986 aufgestellten Grundsätze sicher zu dem Ergebnis kommen, daß wegen der Förderungsart Darlehen das Bafög gegenüber dem WoGG nicht vorrangig bleiben kann.

Unzureichende Förderungsbeträge und Förderungsdauer. Der Förderungshöchstsatz für nicht im Elternhaus lebende Student/inn/en von gegenwärtig 823 DM reicht für den notwendigen Lebensunterhalt eines/einer

Studierenden nicht aus. Die durchschnittlichen Einnahmen deutscher Student/inn/en liegen nach verschiedenen Untersuchungen auch höher, nämlich bei 895 DM gemäß der 11. Sozialerhebung des DSW im SS'85 und sogar 991 DM gemäß der Student/inn/enumfrage 1986 des Allens-

Für 1987 dürfte der Betrag noch höher liegen.

Um solche Durchschnittseinkommen zu erzielen, müssen Bafög-Geförderte Student/inn/en entweder einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder Geld von Eltern oder Verwandten erhalten. Seit mehreren Jahren unzulänglich ist die Förderungshöchstdauer für die meisten Studiengänge. Der Zwang zu vermehrter Erwerbstätigkeit gegen Ende des Studiums wirkt sich negativ auf die Studienzeiten aus und schmälert auch die Erfolgchancen bei den Examina der von diesen Problemen betroffenen Student/inn/en.

Für die nahe Zukunft kündigt Minister Möllemann die endgültige Wende an, mit der das Schicksal des "alten" Bafög besiegelt wird, das die um ihre Studentenzahlen besorgten Hochschulrektoren eben erst wieder eingeklagt haben. Die Modelle, über die Möllemann jetzt schon laut nachdenkt, sind nicht neu, aber bislang stets verworfen worden. Die Bezahlung des Studiums durch private Kredite gehört zum reichen Ideenschatz von Wirtschaftsliberalen und Konservativen, die Leistung mit dem Geldbeutel verwechseln. Mit diesen Plänen zieht sich der Staat endgültig aus der Ausbildungsförderung zurück, macht die Finanzierung des Studiums wieder von den privaten Möglichkeiten und der Opferbereitschaft jeder einzelnen Familie abhängig. Das kann man politisch wollen. Mit einer sozialen Bildungspolitik, mit Chancengleichheit hat dies aber nichts mehr zu tun.

Deshalb lauten unsere zentralen Forderungen:

1. Rücknahme der Darlehensregelung
2. Anhebung der Bedarfssätze auf 974 DM, wie das Studentenwerk festgelegt hat.
3. Anpassung der Förderungshöchstdauer an die reale Studiendauer (Studienordnung plus 2 Semester)

## RCDS

Ring Christlich Demokratischer Studenten

Eine Seite ist wenig Platz. Deshalb wollen wir uns auf eine knappe und sachliche Darstellung unserer Auffassung beschränken und auf irgendwelche Parolen verzichten.

Im Moment sieht der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) im Bezug auf die BAFöG-Förderung folgende Probleme:

1. Durch die seit Jahren unzureichende Anpassung der Freibeträge von elterlichen Einkommen an die allgemeine Einkommensentwicklung fallen mehr und mehr teilgeförderte Studenten aus der Förderung heraus oder werden deutlich geringer gefördert.
2. Die durchschnittlichen Studienzeiten haben sich in fast allen Fächern deutlich verlängert, so daß viele Studenten nicht mehr innerhalb der Förderungshöchstdauer ihr Studium beenden können.
3. Viele Studenten verzichten aus Sorge vor einer Verschuldung auf eine BAFöG-Förderung, obwohl sie ihnen zugestanden hätte.
4. Zur Auswirkung gekommen sind auch die Verschlechterungen im BAFöG, die die sozialliberale Koalition noch im Sommer 1981 im Rahmen der siebten BAFöG-Novelle einbrachte, insbesondere die Tatsache, daß so gut wie keine Aufbaustudiengänge mehr förderungsfähig sind.
5. Kaum ein Student kommt nur mit der BAFöG-Förderung über die Runden, weil der Förderungshöchstsatz unter dem Lebenskostenniveau liegt.

#### Deshalb fordert der RCDS:

- a) Die Freibeträge müssen deutlich erhöht werden. (Pauschal 60 % des übersteigenden Einkommens müssen anrechnungsfrei bleiben.)
- b) Anhebung der Förderungshöchstdauer und Verringerung der Studiendauer.
- c) Die Darlehensregelung muß verbessert werden: Ein Sockelbetrag von 350 DM monatlich wird den BAFöG-Geförderten bei Abschluß des Studiums erlassen. Der überschüssige Betrag wird wie bisher zurückgezahlt (ohne zeitliche Bindung!). Dadurch vermindert sich die Schuldenlast um mehr als die Hälfte. Die Erlaßregelung soll nicht an Noten gemessen werden.
- d) Auch Aufbaustudiengänge müssen wieder in die BAFöG-Förderung einbezogen werden.

Diese Forderungen hat der RCDS seit 1983 gegenüber Bundes- und Landesregierung vertreten.

dienzeit in allen Fächern unrealistisch. Stattdessen muß sich die Förderungsdauer realistischerweise an der durchschnittlichen Studiendauer zusätzlich einer Toleranzgrenze nach oben orientieren.

Auch ist der jetzige BAFöG-Höchstsatz zu niedrig, was sich unter anderem daran zeigt, daß viele BAFöG-Empfangende neben ihrem Studium noch arbeiten müssen. Der Höchstsatz für die Lebenshaltungskosten muß auf 900 DM angehoben werden; dazu müssen die Kosten für Studienmaterialien (Bücher/Kopien/Labormaterial) auf Antrag mit Nachweis zurückerstattet werden. Grundsätzlich sehen wir die derzeit praktizierte Darlehensregelung für BAFöG-Empfangende als ungerecht an.

Es ist nicht einzusehen, warum Studierende mit einkommenschwachen Eltern ihr Studium selber zahlen müssen, indem sie nur ein Darlehen bekommen, egal wie "milde" die Rückzahlungsbedingungen sind, während Studierende mit einkommenstarken Eltern ihr Studium geschenkt bekommen.

Auf der anderen Seite halten wir es auch für ungerecht, daß die Möglichkeit besteht, daß Studierende aus einkommenstarken Familien durch ihre finanzielle Abhängigkeit so unter Druck gesetzt werden können, daß ihnen weder Studienfach- noch Studienortwahl frei möglich ist. In solchen Situationen bliebe nur die Möglichkeit, gerichtlich den Anspruch gegen die Eltern geltend zu machen, wovon viele zurückschrecken, da das einen endgültigen Bruch mit den Eltern bedeuten könnte.

Deshalb fordern wir ein 3-Stufen-Modell:

- Vollstipendium für Studierende aus einkommenschwachen Familien
- Teilstipendium plus Darlehen für Studierende, deren Eltern ein mittleres Einkommen beziehen (d.h. etwa: der nach dem jetzigen Modell unter dem Höchstsatz liegende Betrag, der als Darlehen bezahlt wird, wird zum

Stipendium, der Restbetrag, der noch zu den Lebenshaltungskosten notwendig ist, wird als Darlehen vergeben).

- VollDarlehen auf Antrag für Studierende aus einkommenstarken Familien.



#### BAFöG - Sackgasse in der Krise

Ursprünglich sollte dieses Gesetz einmal zur Öffnung der Hochschulen beitragen. Doch schon bei Verabschiedung des ersten Bundesausbildungsförderungsgesetzes war klar, daß die eigentliche Zielsetzung nicht erreicht werden würde. Es folgten diverse Novellen, deren vorläufiger Höhepunkt die Umstellung auf das Volldarlehensmodell war. Dieses Vorgehen der jetzigen CDU/CSU/FDP-Regierung direkt nach der sogenannten "Wende" hatte gravierende Auswirkungen auf die finanzielle Absicherung des Studiums, sowie auf die Entscheidung, ein Studium überhaupt aufzunehmen, insbesondere Frauen sehen sich aufgrund der zu erwartenden Schulden, bzw. der möglichen Ablehnung des Förderungsantrages (Förderungsquote in Bonn unter 20%) häufig gezwungen eine betriebliche Ausbildung vorzuziehen und damit auf ein Studium zu verzichten.

Doch selbst die jetzt schon katastrophale Situation erscheint dem Bundesbildungsministerium (BMBW) noch verschlechterungswürdig und es erwägt die Einführung eines "Bildungs-sparens", ganz nach kapitalistischer Marktordnung. Der Staat soll sich ganz aus der Ausbildungsfinanzierung zurückziehen, damit Banken entsprechende Profite durch Zinsen einstecken können.

Wir, die Juso-Hochschulgruppe, sehen in den Taten und Überlegungen des BMBW einen eindeutigen Versuch, jungen Menschen das Recht auf Bildung vorzuenthalten. Bildung ist ein Gemeingut und darf nicht einer einzigen Gruppe vorbehalten bleiben, nur weil diese in der Lage ist, Bildung zu finanzieren. Es ist Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß alle den selbst gewählten Bildungsweg beschreiten können. Das bedeutet insbesondere, daß Frauen der Zugang zur Hochschule nicht durch finanzielle Zwänge zusätzlich erschwert wird. Für uns kann es deshalb langfristig nur eine Forderung geben: BAFöG-Förderung muß auf ein nicht zurückzahlbares Stipendienmodell umgestellt werden. Die Verantwortlichen sind aufgefordert, Mittel und Wege zu suchen dies zu gewährleisten. Ein möglicher Weg sind Kürzungen im Verteidigungshaushalt. Als kurzfristige Zwischenlösung fordern wir die sofortige Umstellung des BAFöG auf ein Teildarlehensmodell und die Anhebung der Freibeträge auf ein erträgliches Niveau.

## Liberaler Aktion

Die jetzige BaföG-Regelung lehnen wir ab.  
Die Orientierung der Förderungsdauer an der Regelstudienzeit ist angesichts der tatsächlichen Durchschnittsstu-

Ein Vollstipendium für alle lehnen wir ab, da es nicht einzusehen ist, daß diejenigen, die ohne Probleme ihr Studium finanziert bekommen, noch zusätzlich ein Stipendium erhalten.

# Verunstaltung für Hörer aller Fakultäten

Daß mit der Beliebtheit des Studium Universale in Bonn etwas nicht stimmt, ließ sich schon an der kläglichen Besuchtheit der Veranstaltung vom Donnerstag, den 22. Oktober um 20.00 h in Hörsaal 10 erkennen.

Die Kulturinitiative des Landes NRW, "Kultur 90", führte in Zusammenarbeit mit der Uni Bonn eine Podiumsdiskussion zum Thema "Kulturlandschaft Universität. Zur Rolle des Studium Universale in der Stadt der 90er Jahre" durch. Schwammiger hätte man das Thema kaum formulieren können - mindestens fünf Begriffe hätten erst noch mit Inhalt gefüllt und diskutiert werden müssen: Was ist überhaupt Kultur? Ist damit die etablierte Konzert- und Theaterkultur nach professorischem oder auch Frauen- und Subkultur nach studentischem Verständnis gemeint? Welche Rolle spielt die Universität in einer Kulturlandschaft? Ist die Uni Kulturträger oder auch kulturschaffend? Welches Studium Universale ist gemeint? Welche Rolle soll ein Studium Universale in der Stadtkultur spielen? In welchem Zusammenhang wird hier von den 90er Jahren gesprochen - als Chance oder als Jahre der politischen Zuspitzung?

Allen diesen Fragen konnte sich aber gar nicht zugewendet werden, denn es ging um konkretere Probleme. Auch Diskussionsleiterin Dr. Karla Forbeck vom Zentrum für Kulturforschung in Bonn konnte es nicht verhindern, daß die Diskussion in einem Streitgespräch über das vorhandene Studium Universale zwischen dem 2. Vorsitzenden der Studium Universale-Kommission, Prof. Dr. Lenders, und mir als Asta-Vertreterin kam.

## Was soll ein Studium Universale überhaupt erfüllen?

Der Vorbemerkung des Veranstaltungsplans für das Wintersemester ist zu entnehmen, daß "durch diese Vorträge ...die Arbeit der Fächer unserer Universität in ihren fachübergreifenden und internationalen Zusammenhängen verdeutlicht werden" sollen. Außerdem sind auch "interessierte Bürger herzlich zu allen Veranstaltungen eingeladen".

Noch mehr über die ursprüngliche Intention eines Studium Universale oder Generale kann man in einem Aufsatz von Karla Forbeck in der Studie Bildung und Wissenschaft "Universität als Heimat" erfahren: Die Idee eines Studium Universale entstand 1951 an der Universität Freiburg. Das damals als mustergültig bezeichnete Freiburger Programm hatte zum Ziel, ein Studentenleben zu ermöglichen, das alle Formen der zu genießenden Lebenskultur ausdrücklich miteinschloß. Eingedenk der 13 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft sollte Verantwortungsbewußtsein für das politische Geschick des Staates erzeugt werden.

## Alle diese Ziele kann das Studium Universale der Universität Bonn nicht erreichen.

Alle diese Ziele kann das inzwischen etablierte Studium Universale der Universität Bonn nicht erfüllen: Der überwiegende Teil der Studium Universale-Veranstaltungen ist aus dem regulären Vorlesungsverzeichnis entnommen. Es handelt sich also um eine Sammlung sowieso stattfindender Vorlesungen mit mehr zufällig allgemein verständlichem Inhalt zu den üblichen Zeiten, aber unter neuem Etikett: "Studium Universale". So kann der Anspruch der fächerübergreifenden Lehre nicht erfüllt werden! Ohnehin sind fast alle Vorlesungen "für Hörer aller Fakultäten" offen - man macht es sich also herzlich einfach. Fächerübergreifende bzw. allgemein verständliche Inhalte müssen unserer Ansicht nach sorgfältig erarbeitet und Zusammenhänge bewußt hergestellt werden.

Die "herzliche Einladung" an alle Bürger der Stadt hätte man sich ebensogut sparen können, denn welches Mitglied der werktätigen Bevölkerung hat schon Montags von 11.00 bis 12.00 Uhr Zeit, sich über die Geschichte der alten Bilderschriften oder Donnerstags

um 10.00 Uhr über Wieland und das literarische Rokoko zu informieren? Sprechen wir es ruhig aus: Die Uni bleibt ein Elfenbeinturm, der sich bewußt von den Bürgern der Stadt isoliert.

Es ist kein Geheimnis, daß das, was man sich gemeinhin unter "studentischer Lebenskultur" vorstellt, nicht in der Universität stattfindet, sondern im privaten Rahmen, mit anderen Studierenden, in Kneipen, in der politischen Arbeit usw.. Die Uni wird mehr und mehr zur sterilen Lernfabrik, und das Studium Universale tut noch nicht einmal so, als versuchte es, dies zu ändern.

Politisches Bewußtsein und verantwortungsvolles Handeln in der Gesellschaft lassen sich viel schwieriger auf intellektuellem Wege als auf praktischem transportieren. Im übrigen sind die meisten Inhalte für Hörer aller Fakultäten auch nicht dazu angetan, Verantwortungsbewußtsein zu erzeugen: Lediglich zwei der vierundfünfzig Vorlesungen beschäftigen sich entfernt mit gesellschaftspolitischen Inhalten: "Die sittliche Dimension des Erkennens" und "Politische Ideen und



Ideologien im 20. Jahrhundert", allerdings gehalten von Herrn Prof. Dr. Schwarz.

Gesellschaftliches Lernen vollzieht sich auch in der anderen Methode: Das Studium Universale könnte auch ein Forum bieten, neue Lehr- und Lernformen auszuprobieren, wie Arbeitskreise, Podiumsdiskussionen, Lehrgespräche, Teamwork, kreative und künstlerische Gestaltung durch Experiment. Gerade im gesellschaftspolitischen Bereich ist es fraglich, ob solche Inhalte nur von Professoren vermittelt werden können. Beim Studium Universale sollte auch Nicht-Habilitierten die Möglichkeit zu Leherveranstaltungen gegeben werden - nur so kann volksnahes und praxisorientiertes Lernen stattfinden!

## Konkret stellen wir folgende

### Ansprüche

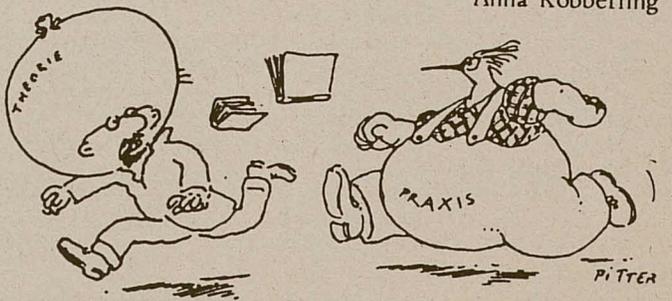
an die Studium-Universale-Kommission, um eine Umgestaltung herbeizuführen:

1. Paritätische Besetzung der Kommission nach den Maßgaben der Gruppenuni: 5 Professoren, 5 wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, 5 Student/inn/en
2. Wahl der Student/inn/en durch das Student/inn/enparlament
3. Möglichkeit für den Asta, mit universitären Geldern Referent/inn/en einzuladen
4. Aufnahme auch kritischer und transzendenter Inhalte in das Programm
5. Öffnung für alle
6. Anrechenbarkeit der Veranstaltungen auf das Studium

Wissenschaft und Kultur können - produktiv genutzt - in hohem Maße gesellschaftsverändernde Faktoren sein. So kann die Universität als Kulturträger, da sie erzieherisch wirkt, zukunftsbestimmend sein. Doch eine Universität, wie sie jetzt aufgebaut ist, muß stuserhaltend wirken, da sie Konkurrenzdenken, Obrigkeitsgläubigkeit, Anonymität, Egoismus und Wissenschaftsfanatismus fördert.

Um eine menschenwürdige Zukunft in ökologischer und technischer Verantwortung, mit einem Recht auf Frieden, Freiheit und Arbeit für alle herzustellen, muß die Universität komplett umgestaltet werden. Diese Umgestaltung ist aber ein sehr mühsamer und langwieriger Prozeß. Ein Studium Universale nach unserer Vorstellung könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein und neue Wege auszuprobieren helfen.

Anna Köbberling



## TERMINE

### PROGRESS-BUCHHANDLUNG:

Donnerstag 26. Nov. 20.00

Filmabend "Die Reue" (Regie Tengis Abuladse)

Der aktuellste Film über die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte.

Freitag 4. Dez. 20.00 Uhr

Sigrid Damm: "Vögel, die verkünden Land - Das Leben des Jakob Michael Reinhold Lenz"

Die DDR-Germanistin Sigrid Damm, Herausgeberin der Werke von J. Lenz (1751-1792), erzählt das Leben des Dichters Lenz, das bisher unbekannt oder durch Legenden, Halbwahrheiten und Verleumdungen entstellt war. Mit dieser Romanbiographie über den Zeitgenossen Goethes, entreißt sie den wilden Träumen, Sozialkritiker und Dichter Lenz der Vergessenheit.

Dienstag 8. Dez. 20.00 Uhr

Margret Feitz: Die "neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation- Ideologie - Strategie.

Die "neue Rechte" versucht in vielen Bereichen (Ökologie, Frieden) Themen zu besetzen. In Bremen gelingt der Sprung in die Bürgerschaft. Wie sieht die Strategie der "neuen" Rechten aus?

Eine gemeinsame Veranstaltung mit der VVN/Bund der Antifaschisten.

### KULTURREFERAT:

24. 11. Uni-Hauptgebäude, HS 1, 20.00 h: Pantomime "CONCERTO GROSSO"

25. 11. Uni-Hauptgebäude, HS 1, 20.00 h: Pantomime "DAS LEBEN DES MICHEL ANGELO"

3. 12. KU-FEST (wie Dance-Hall), Mensa, Nassestr., 20.00 h

11. 12. Uni-Hauptgebäude, HS 1, 20.00 h: Frauenkabarett "DAS ISSES" von Heide Michels und Rita Zimmermann

### REFERAT FÜR ÖKOLOGIE UND KOMMUNALES:

Die Öko-Ringvorlesung geht weiter:

Mittwoch, 25. 11. 87, 19 h, HS 17: "Kommunalisierung der Energieversorgung" Referent: Prof. Dr. Hennicke, Öko-Institut, Freiburg

Mittwoch, 9. 12. 87 (dies academicus): "Zerstörung von Naturraum in den Alpen" Referent: Prof. Alfred Pitterle, Wiener Institut für Bodenkultur

"Müllverbrennungsanlage Enderich - und keine Sorgen mehr mit dem Bonner Müll?!" Referentin: Rita Heinen, Bürgerinitiative gegen die Müllverbrennungsanlage Enderich

Mittwoch, 16. 12. 87, 20.00 h, HS 17: "Umweltzerstörung in der Dritten Welt" Referent: Dr. Harborth, Universität Aachen

### ANTI-REPRESSIONS-REFERAT:

Der Arbeitskreis "Antifaschismus" trifft sich am Montag, den 16. 11. um 18.00 h im Asta, Anti-Repressions-Referat.



# - Pressefreiheit Meinung?

## Das Verhältnis von Journalismus und Politik



Barschel-Schlagzeilen in „Bild“

noch auf Kosten anderer, und sind erstmal unglaubwürdig. Kritischer Journalismus hat zudem den Anspruch, die Herrschenden zu kontrollieren und daß diesen das nicht gefällt, ist klar.

Anders sieht es natürlich aus, wenn die PolitikerInnen gelobt werden bzw. wenn die Berichterstattung in einem

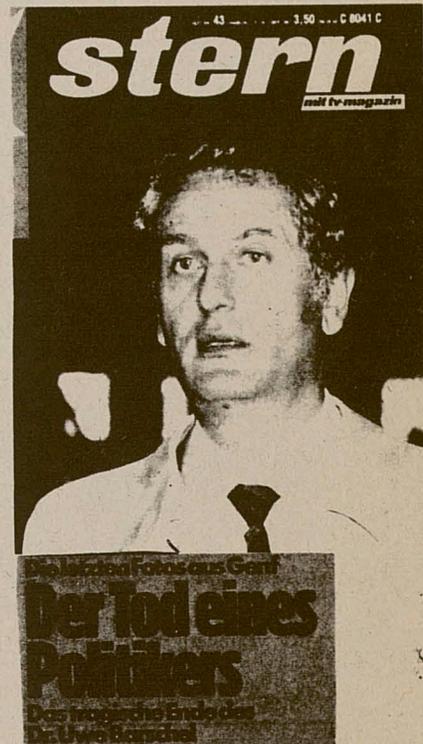
ihnen genehmen Sinne ist. Dann sind selbstverständlich auch die JournalistInnEn "gut". Hier sehen wir die andere Seite des Verhältnisses Journalismus-Politik. Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Die Medien benötigen Informationen von den PolitikerInnen. Letztere sind ohne Öffentlichkeit - die sie durch die Medien erreichen - nicht lebensfähig. Allerdings möchten sie eben gerne selbst festlegen, was und wie es in der Zeitung steht oder in Funk und Fernsehen auftaucht. Nicht umsonst ist Politik die "Kunst des Verschweigens". Dies funktioniert besonders gut, wenn die Schreiberlinge den PolitikerInnen entgegenkommen, d.h., wenn sie sich vor deren Karren spannen lassen. Ihre Kritikfähigkeit (wenn sie die haben) geht ihnen dabei aber verloren.

Es soll nun nicht so sein, daß die JournalistInnEn keine politische Meinung haben dürfen, sie soll auch durchaus zum Ausdruck kommen, nur darf dies nicht 'Scheuklappendenken' bedeuten ("Du regst Dich auf über den Splitter im Auge Deines Gegenüber, doch den Balken in Deinem eigenen siehst Du nicht!")

Die Aufgabe von Journalismus muß auch eine erzieherische sein. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger sollen über die Probleme, die im Lande bestehen und die natürlich auch von den Herrschenden verursacht werden, zunächst informiert, dann aber vor allem aufgerüttelt und sensibilisiert werden.

Das sollte dazu führen, daß das Volk zu einer eigenen Kritikfähigkeit findet. Das Schlagwort vom der/dem "mündigen Bürger/in", das in unserer Gesellschaft größtenteils zu einer

bloßen Phrase verkommen ist, muß wirklich mit Inhalt gefüllt werden. Daß die Herrschenden dies aus Angst vor Machtverlust gerade verhindern wollen, ist, trotz aller Beteuerungen in Sonntagsreden, oft genug bewiesen worden.



Die sogenannte "bürgerliche" Presse (beileibe nicht nur der Springer-Verlag) steht den momentan Herrschenden bei dem Versuch der Abwehr gegen solche Angriffe gerne bei. (Beispiel: "Bild" und "Welt" in der Barschel-Pfeiffer-Affäre, aber auch andere Fälle) Kritischer Journalismus ist nicht ihr Geschäft. Vielmehr hat sie den Anspruch, die Politik der Regierenden mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen. Sie tut dies unter anderem immer mit dem Verweis auf die "freiheitlich demokratische Grundordnung", in die sie eingebunden sei, außerdem versucht sie auch unpopuläre Entscheidungen der PolitikerInnen akzeptabel darzustellen. Beispiele sind in jüngster Zeit die Volkszählung, die Steuerreform etc. gewesen.

Im Gegensatz dazu müssen linke, fortschrittliche JournalistInnEn, die Kritik und Aufklärung, nicht aber Einreden der BürgerInnen als Maxime haben, immer wieder mit Repressalien von seiten der Herrschenden und Versuchen, ihre Aussagen in Mißkredit zu bringen, rechnen.

Es bleibt zu wünschen, daß dies sie nicht daran hindert, in dem Stile wie bisher, fortzufahren.

Michael Venner

## Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:  
 Montag, Dienstag, } von 16.30 bis 18.30 Uhr  
 Donnerstag und Freitag }  
 Unterricht:  
 Dienstag und Donnerstag von 18.30 bis 20.00 Uhr

Anzeige



70 Jahre Oktoberrevolution  
 Hoch, Hoch, Hoch!!!

akut-nR. 225  
 vom 9. NOVEMBER 1987

NACHRICHTENBLATT DER  
 BONNER STUDENTINNEN  
 & STUDENTEN

DIE REDAKTION:

Jan Baumeister  
 Detlev Kamps  
 Anna Köbberling  
 Heike Struck  
 Michael Venner  
 (v.i.s.d.p.)

MITARBEITER-INNEN  
 AN DIESER AUSGABE:

Ariel Alancar  
 Arnold Bruns  
 Hauke ("Howie") Eyerdam  
 Birgit Felings  
 Frank Frick  
 Tom Hallet  
 Gaby Hermannski  
 Arnd Kluge  
 Bert Schellenberger  
 Klaus Striepen

HERAUSGEBERIN:  
 STUDENTINNENPARLAMENT  
 DER R.H. FRIEDRICH-  
 WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU BONN

REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DIE  
 NÄCHSTE AUSGABE:

3. NOVEMBER 1987

DRUCK:  
 Druckladen  
 eUSKIRCHENER STR., BN 1

NAMENTLICH GEKENNZEICHNETE  
 ARTIKEL GEBEN NICHT  
 UNBEDINGT DIE MEINUNG DER  
 GESAMTEN REDAKTION WIEDER.  
 FÜR UNVERLANGT EINGESANDTE  
 MANUSKRIPTE WIRD KEINE  
 HAFTUNG ÜBERNOMMEN.  
 KÜRZUNGEN VORBEHALTEN.

REDAKTIONSANSCHRIFT:

akut-bÜRO  
 nASSESTR. 11/1  
 5300 BONN 1  
 tEL. 0228/73-7040

DAS TITELBILD ZEIGT DEN  
 PANTOMIMEN  
 ANDY GEER

Oliver Tolmein ("Die Tageszeitung") und der Buchladen 46 wollten diskutieren lassen über: "10 Jahre Deutscher Herbst oder: Wie konservativ sind wir geworden?" Rund 100 Nasen, vornehmlich aus der linken Szene, fanden sich dazu am 4.11. in der "Sternenburg" ein. Erst redete Tolmein eine halbe Stunde lang, dann wechselweise Leute aus dem Publikum und Tolmein. Einer redete von Stammheim 77, einer von den Todeschüssen an der Startbahn West, ein Dritter von Einkehr und Besinnung, ein vierter von klugen Bomben der Revolutionären Zellen, ein fünfter von der Ratlosigkeit der Linken, ein sechster meinte: alle Bewegungen sind tot, Frauen-, Studenten-, Anti-AKW-, Friedensbewegung, alle tot, und das ist gut so. Zwischendurch redete wieder Tolmein, dann redete einer von seinem Gehalt, dann noch einer. Einer - Typ Turnschuhbulle - klopfte militante Phrasen, als hätte er sie auf der Polizeischule gelernt, ohne Sinn und Zusammenhang, verdächtig. Um 22.15 Uhr habe ich die Veranstaltung verlassen.

PERSONALIA

Johannes ("Hannes") Laitenberger hat geheiratet. Dem jungen Paar alles Gute von der Redaktion.  
 Susanne ("Susi") Mittnacht hat zwar nicht geheiratet, ist aber Anti-Repressionsreferentin geworden. Aus diesem Anlaß bekam ihre Wüstenspringmaus den Namen "Guerilla" verliehen.

Bert ("Bertel") Schellenberger, eig. genervter Finanzreferent, fördert Kultur, wo er nur kann. Dem Kabarett "Die pfündigen Bürger" stellte er sogar seine heißgeliebte, regenbogenfarbene und lange Unterhose zur Verfügung.

Anzeige

**MÖBEL-KISTE.**  
General Quality - Bestpreis

**Ordnung ist der halbe Schreibtisch...**

vier geräumige Schubkästen, mehrfach verstellbare Platte, Bleistiftrollen und Griffmulden. Ein Arbeitsplatz, an dem die Pflicht zum Hobby wird.

TONI II mit viel Massivholz. 70 x 140 cm  
 DM **498,-**

Drehstuhl mit lustiger Streifenpolsterung, mit allem Sitzkomfort, nach neuesten Sitznormen.  
 DM **158,-**

**MÖBEL-KISTE.**  
 Thomas Mann Str. 22  
 5300 Bonn 1

\* Mitnahmepreise

## Mehr als nur zwei Tote

Schon bald nachdem die beiden Polizisten am Montagabend an ihren Schußverletzungen starben, war klar, daß ihr Tod Anlaß nicht nur für Trauer sein würde. Sofort wurde die Gelegenheit genutzt, Linken Anschuldigungen zu machen, sie als Verursacher der Tat zu diffamieren. Aussagen, wie vom Hamburger Verfassungsschutzchef Christian Lochte, es handele sich um eine Einzeltat, wurden von CDU/FDP sofort und kurzerhand verneint. Vermutungen, daß es sich bei dem Mord um eine gestellte Aktion (vgl. Krefelder Krawalle - inszeniert von V-Leuten, Loch im Celler Gefängnis) handeln könnte, wurden ebenso entschieden abgewehrt. Vielmehr wird der Öffentlichkeit mit sprachlosen, tränenschniefenden Menschen suggeriert, Demokratie und Staat seien aufs heftigste gefährdet. Vorverurteilungen auf der ganzen Linie.

Um Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke und Günther Sare hat die breite Bevölkerung nicht geheult. Die jüngsten Schwerverletzten von Wackersdorf gingen nur en gros durch die Medien.

Hier wird einseitige Hetze betrieben!

An dieser Stelle scheint es angebracht, sich ein paar Gedanken zur Gewalt zu machen. Ein Prinzip der Gewalt ist es, daß Gegengewalt hervorgerufen wird. Staatliche Repression wird nicht als Gewalt definiert, somit läßt sich jede Schuld leicht in andere Schuhe schieben - ohne Analyse oder gar Selbstkritik.

Jutta Ditfurth scheint gar nicht so unrecht zu haben, wenn sie sagt: "Der Staat braucht nichts mehr als den Terror, um seine menschenverachtende, repressive Politik zu legitimieren". Am Beispiel WAA: Als es in Wackersdorf jüngst zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen gekommen ist, dabei unter anderen eine - als solche erkennbare - Sanitäterin niedergeküpelt (Schädelbasisbruch u.a.) wurde, war in den Medien nur etwas von einem Antrag der Grünen und der SPD zu hören, ein Untersuchungsausschuß möge doch bitte prüfen, ob die Polizei da richtig gehandelt habe. Kaum jedoch waren die beiden Polizisten tot, lagen auch schon die Pläne zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes wieder auf dem Tisch, soll bessere Ausrüstung für die Polizei angeschafft werden, wird nach der

Spezialeinheit zur Terroristenbekämpfung - GSG 9 - zum Einsatz auf Demos gerufen.

Heike Struck

Anzeige

Ich höre  
was, was du  
ni(s)cht hörst!



FME ELEKTROAKUSTIK GMBH  
KAISERSTRASSE 9 5300 BONN 1  
TELEFON 0228/224477



# Wer ist die CARP?



In letzter Zeit taucht in Bonn vermehrt eine Sekte auf, die mit netten Programmen und göttlichen Prinzipien um Zuspruch unter StudentInnen wirbt, was ihr allerdings an der Uni verboten ist.

Der Rektor der Uni Bonn hat im Juli 1983 eine Entscheidung des AStA Uni Bonn bestätigt, der CARP die Anerkennung als studentische Gruppe zu verweigern, d.h. sie dürfen weder in der Uni noch in der Mensa ihre Schriften verbreiten. Sie klappern auch systematisch die StudentInnenwohnheime ab und versuchen, dort für ihre Ziele zu werben. Wer ist die CARP?

Die CARP (Hochschulorganisation zur Erforschung von Prinzipien) ist eine der Organisationen der Mun-Sekte, die sich nach ihrem "himmlischen" Führer San Myung Mun aus Korea benennt. Weitere Organisationen sind z.B. die ICF (internationale Kulturstiftung) und die PWPA (Weltfriedensakademie der Professoren). Die Mun-Sekte hat nach eigenen Angaben 1000 Mitglieder in der BRD und 1500 Förderer. In Bonn sind u.a. tätig Christian Haubold, Student der ev. Theologie und Josef Eder, hauptamtlich bei CARP. In Bonn ist die europäische Zentrale dieser Sekte beheimatet.

## Göttliches Prinzip...

Die Ideologie der Sekte ist in den sogenannten "göttlichen Prinzipien" festgeschrieben: Die himmlische Seite muß durch den Sieg im Dritten Weltkrieg die kommunistische Welt zerstören und die Oberherrschaft an Gott zurückgeben.

In diesem Sinne sind die Mun-Leute überall aktiv, wo es gilt, sogenannte "kommunistische Bedrohungen" zu bekämpfen. Sie unterstützen die Apartheid-Diktatur in Südafrika und deren Terrortruppen in Angola und Mocambique und natürlich die Kontras in Nicaragua.

## ..Terror?

Unterstützen bedeutet in diesen Fällen das Bereitstellen umfangreicher Gelder. Für Nicaragua ist dabei die Organisation CAUSA zuständig, deren Chef der ehemalige Führer des südkoreanischen Geheimdienstes ist. Auf dem West-Berliner CARP-Kongreß wurde das von einem

David Hoile begründet. "Wenn es hier in Europa losgeht, müssen 100.000 NATO-Soldaten eingesetzt werden, um Kuba zu neutralisieren, 100.000 Soldaten gegen Nicaragua - und das zu einer Zeit, in der jeder Soldat, jede Rakete, jedes Schiff im europäischen Theater gebraucht wird. Sie müssen also ein Interesse daran haben, daß die Kontras gewinnen."

## ...Macht?

Die Mun Sekte besitzt weltweit ein riesiges Wirtschaftsimperium. Dazu gehören Werften und Lebensmittelketten, Tankstellen und Schlachthöfe. Mun besitzt die südkoreanische Rüstungsfirma Tong Il Company und die New Yorker Bank National Diplomat, die Tageszeitung Washington Times und das Hotel New Yorker, die Juwelierfirma Christian Bernard in Frankreich und die Banco Credito in Uruguay. Er kontrolliert 80% des Ginsenghandels und 2/3 der Druckkapazitäten in Uruguay. Der jährliche Reingewinn beträgt ca. 800 Millionen US-Dollar!

Die Mun-Sekte ist also keineswegs eine Verein religiöser Spinner, sondern eine einflußreiche Wirtschaftsmacht, die ihr Geld zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einsetzt.

## ...Faschisten?

Auf dem Kongress in West-Berlin kamen Grußschreiben unter anderem von Jean-Marie Le Pen - Führer der französischen Faschisten.

Selbst die CSU schreibt mit der JU in einem Flugblatt 1976: "Die Mun-Sekte ist ein gefährlicher Feind unserer Freiheit", die "schon in großer Anzahl junge Leute durch Psychoterror ... für ihr ganzes Leben geschädigt" hat. Sie baten den Münchener Oberbürgermeister, für ein rasches Verschwinden dieser Leute aus Münchens Straßen zu sorgen.

Ich bitte den Bonner Oberbürgermeister Daniels(CDU), dem Aufruf seiner Polit-Freunde auch für Bonn zu folgen, besonders da hier die europäische Leitzentrale der CARP ist.

Detlev Kamps

## Marxismus ist ein „alter Hut“!

- Die führenden Männer der zur Zeit regierenden Parteien SPD und FDP sind willige Helfer des Weltkommunismus (Lenin nennt das: „nützliche Idioten“).



**C.A.R.P.**

COLLEGIATE ASSOCIATION -  
THE RESEARCH OF PRIMARIES

Aus einem Flugblatt zur Bundestagswahl  
1976

Ein besonders guter Kenner der CARP ist der ehemalige Bonner Jugendpastor und jetzige Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelischen Kirche Rheinland, Pastor Joachim Keden. Er wird von der CARP als satanisch bezeichnet. Das Interview für die AKUT führte Detlev Kamps.

**AKUT:** Wer ist die CARP?

**Keden:** Die CARP ist die Studentenorganisation der Mun-Bewegung oder Vereinigungskirche und ist meiner Einschätzung nach im Moment die Missionstruppe der Vereinigungskirche (VK). Die Versuche, über das normale VK-Zentrum Fuß zu fassen, sind wohl nicht mit großem Erfolg beschieden gewesen und man hat innerhalb der VK offenbar erkannt, daß gerade Studenten ansprechbarer sind, als andere. So sind Missionskonzepte wie die "home church Aktion" nicht so erfolgreich gewesen. "Home church" war der Versuch, Wohngebietsarbeit zu leisten, gegenüber bedürftigen Menschen Hilfe für eine bestimmte Zeit zu praktizieren und zu sehen, ob man sie durch diese Methode für die VK gewinnen kann. Das alles hat sich nicht bewährt und deshalb geht die VK jetzt den Weg, gezielt Studenten anzusprechen. Das hat sich als eine der erfolgreichsten Wege herausgestellt.

**AKUT:** Wieso glaubt CARP, daß gerade Studierende besonders anfällig für sie sind?

**Keden:** Das hängt damit zusammen, daß Studenten sich in der Regel sehr weltoffen geben, ohne Vorurteile an verschiedenste Weltanschauungen herangehen, und das ist ein Einstiegstor. Das zweite Einstiegstor ist, daß man weiß, daß Studenten auch sehr leicht in Krisensituationen geraten durch Examensproblematik und durch die Einsamkeit, die viele Studenten an den Massenuniversitäten erleben.

**AKUT:** Hat CARP Erfolge damit?

**Keden:** Beschränkt, es ist so, daß sie Erfolge offenbar bei bestimmten Menschen hat, die sie in der Talsohle einer Krise erwischen, oft in einer Depression, z.B. in dem Bereich der Frage nach dem Sinn des Studiums oder dem Sinn des Lebens. Sie bietet eine nach außen hin heile Gemeinschaft und überschüttet ihn mit Zuwendung, wir nennen das "love bombing", die ihn dann natürlich auch in psychische Abhängigkeit bringt. Mein Erleben ist allerdings, daß Leute, die ich vor dem CARP-Zentrum oder bei anderen CARP-Veranstaltungen angesprochen habe, sofort "abgedreht" haben, als sie wußten, worum es sich handelt. Wenn der AStA viele Gruppen an der Uni gewinnen kann, mit ihm gemeinsam an einem Strick zu ziehen, dann hat die CARP, glaube ich, keine Chance in Bonn.

**AKUT:** Was sind die Gefahren der Mun-Sekte?

**Keden:** Die VK-Philosophie ist ein Gebäude von Gedanken, worin Reverent Mun sich als Messias sieht und darauf abzielt, die Leute für sich total zu gewinnen. Reverent Mun und seine Frau sind das wahre Elternpaar und es geht darum, junge Menschen an dieses wahre Elternpaar zu binden und sie von dieser Vorstellungswelt abhängig zu machen. Sie müssen wissen, daß Mun die Ehepartner seiner Leute persönlich auswählt. Er scheint eine neue Menschenrasse gründen zu wollen. Meistens gehen diese Ehen aber schief, so haben 40 - 65 % der

Die VK verfolgt ihr Ziel mit einer Art Umarmungsstrategie. So kann es den Studenten passieren, daß sie Professoren begegnen, wie z.B. Herrn Radnitzky aus Trier (Professor für Philosophie- DK), der sich als Verfechter der Mun-Idee darstellt, oder Herrn Jürgen Redhardt, der in "Religion heute" fragt, ob San Myung Mun nicht ein Heiliger von morgen wäre.

Laut Bundesgerichtshof vom 11.3.83 ist es zulässig zu behaupten, die M -Sekte...

- \* ...proklamiere ein faschistisches System,
- \* ...betreibe Psychoterror,
- \* ...treibe Junge Menschen zum Selbstmord,
- \* ... sei eine Kriminelle Vereinigung.



CSU



JU

Die Mun-Sekte mißbraucht das im Grundgesetz verankerte Grundrecht der Religionsfreiheit.

Da schon eine große Anzahl junger Leute durch Psychoterror dieser Sekte für ihr ganzes Leben geschädigt wurden, hat die JUNGE UNION den Münchner Oberbürgermeister gebeten, für rasches Verschwinden dieser Leute aus Münchens Straßen zu sorgen.

Teilnehmer einer Massenhochzeit im Madison Square Garden nach Angaben von Mun-Anhängern sich später wieder scheiden lassen. Mun hat deshalb wohl auch eine Opposition in seinen Reihen. In einem Brief der VK vom September 1986 wird ein Teil der Philosophie deutlich: "3 Bedingungen müssen wir erfüllen, um das Herz Gottes erfahren zu können, 1. unsern Schweiß für die Erde, 2. unsere Tränen für die Menschen, 3. unser Blut für den Himmel, wenn es sein muß". Dieser letzte Satz entspricht dem Gelöbnis der Mun-Sekte. Ich verstehe das so, daß man bereit sein muß, sich für Mun und seine Mission zu opfern, möglicherweise bis hin zu Auseinandersetzungen mit Waffen, um damit die Welt umzugestalten und zwar in eine Theokratie mit Mun als Messias und absolute Autorität. Es gibt offenbar auch Beziehungen zum südkoreanischen Geheimdienst und im "Spiegel" war auch zu lesen, daß Mun die Kontras in Nicaragua indirekt unterstützt.

Mun versucht auf der akademischen Schiene möglichst viele Leute an schöne Plätze dieser Erde zu kostenlosen Konferenzen einzuladen (durch die Organisation ICUS- DK), wo dann in der Regel Herr Mun auftaucht, der sehr überzeugend wirkt. Die VK versucht, auch Politiker anzusprechen und für ihre Ziele zu gewinnen. Die meisten merken sehr schnell, welche Absichten verfolgt werden, z.B. radikaler Antikommunismus, Anerkennung Muns als Messias und Errichtung einer Gottesherrschaft auf Erden. Sie verlassen dann die Konferenz, aber es bleiben doch auch eine ganze Reihe dieser Leute hängen. Es gibt eine Strategie, die nicht nur in den politischen, sondern auch in den wirtschaftlichen Bereich geht. Die Tong Il Gruppe (südkoreanischer Rüstungskonzern- DK) investiert in der Bundesrepublik in mehrere lukrative Maschinenfabriken. Sie versucht, in einer Art Zangenbewegung offenbar wirtschaftliche Macht durchzusetzen. Die Bundesrepublik scheint ihr als Vorposten der freien Welt dabei auch ideologisch interessant. So hat man auf dem CARP-Kongreß in Berlin von einem "Marsch auf Moskau" gesprochen und offenbar ist Berlin eine Station auf diesem Weg. Das ist schon eine sehr verwirrende, aber auch gezielte Strategie, die von diesem religiösen Familientrust, wie ich das mal nennen will, gezielt angewendet wird. Viele Studenten wissen gar nicht, worauf sie sich da einlassen, da die VK sehr wenig über diese globale Strategie spricht.

AKUT: Wendet CARP auch Gewalt an?

Keden: Mir ist nur psychische Gewalt bekannt, das bedeutet unter anderem daß Menschen nur sehr schwer wieder ihre Freiheit von der Gruppe zurückgewinnen. Die psychische Gewalt kann ganz verschieden aussehen, dazu gehört aber auch ein Programmieren der Gedanken. In Bonn habe ich monatlich Leute auffangen müssen, die in der Gruppe waren oder im Anfangsstadium des Kontaktes.

Die Werbemethoden haben sich aufgrund der Negativ-Kritik innerhalb der CARP verändert. Man fährt also nicht mehr diese harte Welle, bei der die Leute von heute auf morgen verschwunden sind, sondern man geht jetzt langfristig vor, indem die Gruppe als heile Welt verkauft wird und der Rest ist dann die böse Welt, die Welt des Satans. Die Symbolfigur des Satans ist der Kommunismus. Das ist für mich eine Ideologie, die mit dem Christentum gar nichts mehr zu tun hat, die das Christentum und die Traditionen der christlichen Kirche völlig verfälscht. Ich finde es äußerst bedenklich, dieser Gruppe Raum zu geben.

AKUT: Vertreten alle Mun-Anhänger auch die politischen Ziele?

Keden: In der Regel ja, ich habe da bisher kaum jemanden erlebt, der da differenziert. Zum Teil sind sie aber auch erstaunlich schlecht informiert über ihren eigenen Messias. Sie sind ganz erstaunt, wenn man ihnen aus Schriften vorliest, die sie angeblich selbst studiert haben, z.B. "aus Sicht des göttlichen Plans wird der 3. Weltkrieg unvermeidlich stattfinden. Schlägt das fehl, dann wird die satanische Seite auf jeden Fall die himmlische Seite angreifen und sie muß das satanische Lager mit Gewalt besiegen." Das ist aus "Das Prinzip in Grundzügen, Stufe IV", Seite 22/23.

AKUT: Herr Pastor Keden, vielen Dank für das Gespräch.

Keden: Ich danke Ihnen dafür, daß sie dieses Thema aufgegriffen haben.

# Wenn der Postmann zweimal klingelt...



... kann es demnächst sein, daß neben ein paar veralteten Briefen eine deftige Gebührenerhöhung ins Haus flattert. Unser Postminister Christian Schwarz-Schilling arbeitet daran, die Post zu privatisieren. Bisher war er eher durch Korruption (seine Frau besitzt eine Firma, in der Kabel hergestellt werden, er setzte das Kabelprogramm durch, beide verdienten kräftig) und Umwelt-skandale (das ganze Gebiet um die Fabrik "Sonnenschein" -Batterieherstellerin-mußte abgetragen werden, weil es mit Schwermetallen verseucht war, auch diese Firma gehört seiner Frau, er war Geschäftsführer) aufgefallen. Jetzt tritt er einen Siegeszug für andere Großunternehmer an.

Geplant ist eine Teilprivatisierung. Bislang fielen alle Tätigkeiten und Bereiche der Post (Brief- und Paketbeförderung, Postbankwesen, Vertrieb und Wartung von Endgeräten, das Telefonnetz, die Vermittlung von Telefongesprächen und andere Telekommunikation) unter das Postmonopol, ein im Grundgesetz verbrieftes Recht. Künftig sollen nur noch die "gelbe Post", das Telefonnetz und die Vermittlung von Telefongesprächen darunter fallen. Wobei es bei beiden letzteren auch nur eine Frage der Zeit ist, wann sie privatisiert werden sollen, denn ist der Markt erst geöffnet, werden Privatunternehmer auch hier einzudringen wissen.

Der größte Teil des zu privatisierenden Bereiches ist der der "Telekommunikation". Hierunter fallen beispielsweise Bildschirmtext, Telefax, private Funkanbieter, Computeranschlüsse, Bildtelefon usw., usf. - hier ist der technischen Phantasie keine Grenze gesetzt.

Bisher gab es zwischen der "grauen" und der "gelben" Post einen Finanzausgleich. Die Überschüsse, die im Telefonbereich erwirtschaftet wurden, flossen in die defizitär arbeitende Briefpost. So konnten sämtliche Gebühren gleichmäßig verteilt und einigermaßen gering gehalten werden. Bei Neuordnung bleibt gerade der verlustlastige Bereich am Bund, an den SteuerzahlerInnen kleben. Es wird dazu führen, daß die Grundversorgung aller BürgerInnen gegenüber profitträchtigen Transporten benachteiligt werden: Senkung von Fernstarifen

gegenüber der Erhöhung von Ortsgesprächen, Gebührenerhöhung von Einzelsendungen im Gegensatz zu Massensendungen. Ländliche Gebiete werden gegenüber Ballungsgebieten bei der Versorgung mit Serviceleistungen benachteiligt und - last not least - wird es zu massenweisen Entlassungen führen (so gesehen in den USA und Großbritannien). Schon jetzt wissen verschiedene Studien von der Schlampigkeit der DP zu berichten, obwohl sie als Monopolistin keine Rücksicht auf die Gesetze der Marktwirtschaft nehmen muß, Überschüsse zu erwirtschaften.

Soviel zu den primären Auswirkungen der Privatisierung. Sehr viel hintergründiger und weitreichender als die Neuordnung der Post ist die dazu parallel laufende Einführung eines neuen Übertragungssystems: ISDN (Integrated services digital network), d.h. das Fernsprechnetz wird digitalisiert. Dadurch erhalten Sprache, Text, Bilder und Daten eine gemeinsame Telekommunikationsebene und können gleiche Transportwege benutzen. Mit einer Bit-Rate von 64 kbit/sec können alle Informationen durchgehend digital - somit transparent - von einem Gerät zum anderen geschickt werden. Ob Telefon mit Computer, Wirtschaft mit Verwaltung - die Verbindungen scheinen unbegrenzt. Die technischen

Möglichkeiten, die bei der Lektüre von Orwell die Nackenhaare sträuben ließen, sind da und werden eingeführt. Im Moment wird das Ganze in verschiedenen Pilotprojekten (z.B. in Mannheim mit BASF) getestet; die Serienproduktion entsprechender Geräte bzw. Zusatzgeräte für normale Telefone wartet auf den Startschuß. Interessanterweise ist hier zu erwähnen, daß ISDN medienunabhängig ist, d.h. als Übertragungsmittel Kupfer, Glasfaser, Satelliten etc. eingesetzt werden können: Herr Postminister, wofür die ganze Verkabelung?!!! Nur kurz zu erwähnen sei an dieser Stelle, daß es sich auch hierbei um ein Riesenprojekt handelt, dessen Bedarfs- und Kostenschätzung überwiegend von der unmittelbar interessierten Industrie stammen.

Ich möchte hier auf drei große Problemkomplexe hinweisen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben.

## I. Arbeitsmarkt

Auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt wird die Einführung des ISDN ganz erhebliche Folgen haben. Zunächst wird es bei der "gelben Post" zu immensen Entlassungen kommen, da sie sich nicht mehr in dem Maße finanzieren kann wie heute. Für den ganzen Bereich, der privatisiert wird, sind Stellenstreichungen zu erwarten, da der Aspekt der Konkurrenzfähigkeit verstärkt auftritt. Ferner werden durch die strukturellen Veränderungen anders und besser ausgebildete Leute, als die Vorhandenen, gesucht. Dazu kommt die Wegrationalisierung durch die Digitalisierung, da z.B. viele Schaltstellen wegfallen, die früher gewartet werden mußten, insgesamt Automatisierung auf breiter Ebene. Eine andere Seite der Arbeitsmarktproblematik ist zu sehen, wenn mensch bedenkt, welche Möglichkeiten der Wirtschaft mit ISDN insgesamt geboten werden. Auch hier ist durch verbesserte Informationsmöglichkeiten ein Wegfall von Arbeitsplätzen zu befürchten. Darüberhinaus können Firmen örtlich weiter auseinandergerissen werden, speziellere Ausbildungen werden nötig, Heimarbeit läßt sich

besser realisieren, etc.: Die ArbeitnehmerInnenschaft wird weiter zersplittet; Solidarität, Identifikation mit der Arbeit (Bezug der eigenen Arbeit zu anderen Arbeitsprozessen) wird schwieriger, die einzelnen isoliert, für Betriebs- bzw. Kapitalinteressen besser nutzbar gemacht.

Daran schließen sich dann erhebliche Umwälzungen im

## II. soziokulturellen Bereich

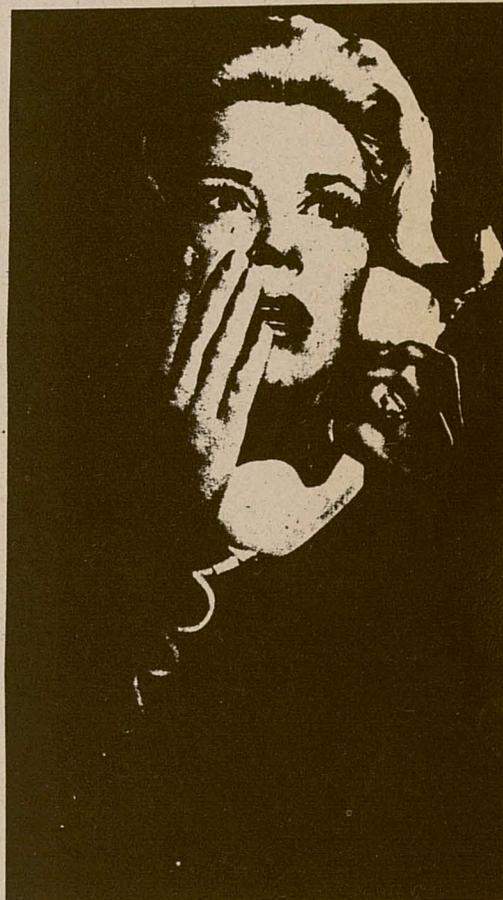
an. Es gibt z.B. einen Feierabend (im Gegensatz zum Feiermorgen, Stichwort: flexible Arbeitszeit), Zusammengehörigkeitsgefühl von Arbeitenden. Wie sind die unter o.g. Bedingungen zu wahren. Es gibt die lange Tradition des persönlichen Briefeschreibens. Wird sie angesichts der zu erwartenden Gebührenerhöhungen nicht angeknackst zugunsten elektronischer Medien? Wie steht es mit dem persönlichen Kontakt zu Dienstleistungsunternehmen wie Banken, Post, Warenhäuser? Denkbar sind auch hier Wegrationalisierungen im Servicebereich zugunsten einer verstärkten Geschäftsabwicklung über Bildschirm.

Und natürlich darf hier auch der

## III. Datenschutz

nicht fehlen. Das wird wohl das erste und dringlichste Problem sein, denn sicherlich wird auch z.B. der Verfassungsschutz die neuen technischen Erregungenschaften zu nutzen wissen, um Persönlichkeitsprofile zu bekommen, Verhaltenskontrollen zu machen, die Informationen noch breiter als bisher sammeln und austauschen zu können. Ein weiterer Punkt ist die Sicherung der Steuerung von z.B. AKW oder Industriekomplexen. Schon heute gibt es viele Fälle, in denen Hacker sehr erfolgreich gearbeitet haben. Um wieviel einfacher wird diese Sache, wenn eine gemeinsame Kommunikationsebene besteht?

Soviel steht fest: der heutige Datenschutz ist dem Problem nicht gewachsen. Er orientiert sich im wesentlichen am Schutz von zentralen Großdatendepots. Jedoch ist die neue Qualität beim ISDN in der Möglichkeit zu mannigfaltigster Vernetzung zu sehen. In dem Punkt hinkt der heutige Datenschutz dem System weit hinterher, vermutlich ist das Problem gar nicht in den Griff zu kriegen.



Das Spielchen der Varianten ist unerschöpflich. Sollte sich ISDN durchsetzen, sind grundlegendste Veränderungen zu erwarten. Zu hoffen bleibt jedoch, daß es - ähnlich wie Btx oder Kabelfernsehen - auf wenig Gegenliebe in der Bevölkerung stößt, somit keine umfassende Vernetzung möglich ist. Nichtsdestotrotz ist klar, daß der Informationsfluß zwischen Staat und Wirtschaft weiter abhebt, für einzelne immer undurchsichtiger wird. Inwieweit die Bevölkerung - etwa durch Standardisierung - gezwungen wird, per ISDN angeschlossen zu werden, wird sich zeigen.

Heike Struck

# Berufsverbote ein Anachronismus des kalten Krieges

Im Juli 1987 bekam die wissenschaftliche Hilfskraft Conny Wenz aus Freiburg Post vom Rektorat der Uni Freiburg. Inhalt: ihre vorzeitige Entlassung aus der Abteilung Rehabilitationspsychologie. Grund: Conny Wenz war AStA-Vorsitzende, hat mehrfach für das StudentInnenparlament kandidiert und war schließlich im Bundesvorstand des mitgliederstärksten StudentInnenverbandes der BRD - dem Marxistischen StudentInnenbund (MSB) Spartakus. Am 14. Oktober 1987 hat das Oberverwaltungsgericht in Koblenz den 36jährigen stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Friedensunion (DFU) Uli Foltz, engagiert in der Friedensbewegung, verboten, weiter Lehrer zu sein. Grund: Uli Foltz hat sich in seinen politischen Forderungen nicht ausdrücklich von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) distanziert. Der geneigten Lesern fällt auf, daß keinem von beiden die Mitgliedschaft in dieser Partei vorgeworfen wird.

Uli Foltz wird vorgeworfen, sich für Abrüstung und Entspannung, friedliche Koexistenz zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten, für systemübergreifende Zusammenarbeit und Völkerfreundschaft einzusetzen - und das auch zusammen mit Kommunisten.

Klaus Thüsing, Bundestagsabgeordneter für die SPD "erscheint es widersprüchlich, daß diese Diskussion zwar zwischen SPD und SED möglich ist, aber in der Bundesrepublik weiter tabuisiert wird." (Grußadresse zum 10. Bundeskongreß des MSB Spartakus)

In den 50er Jahren wurde das noch mit Gefängnis bestraft. Berufsverbote - ein Anachronismus des Kalten Krieges !

---

## verordneter Antikommunismus

---

Diese Argumentation ließe sich leicht auch auf die SPD, die Grünen, die Gewerkschaften und die gesamte Friedensbewegung übertragen. Das Aufsehen erregende Papier von Sozialdemokraten und deutschen Kommunisten aus der DDR stellt eine Plattform für eine friedliche Zusammenarbeit dar, und dabei distanziert sich die SPD keineswegs von den Kommunisten, sondern bietet einen friedlichen Wettstreit darüber an, welches System das bessere ist. Auf Druck von rechts hat Egon Bahr dann in der FAZ den Geltungsbereich auf die DDR beschränkt, aber z.B.

ERICH MARIA REMARQUE

## Im Westen nichts Neues

---

### Zielrichtung

---

Genau das soll mit den Berufsverboten verhindert werden. Alle fortschrittlichen Kräfte sollen gezwungen werden, die Ausgrenzung von Kommunisten mitzubetreiben. Natürlich wird Uli Foltz sein Friedensengagement nicht aufgeben und auch Conny Wenz wird weiter in der StudentInnenbewegung arbeiten - auch wenn sie ihren Beruf nicht mehr ausüben dürfen.

Dabei wird die Lage der Berufe-Verbieter immer kritischer. Die Uni Freiburg hat schon 6 Prozesse verloren, die UNO-Organisation ILO hat die Diskriminierung verurteilt, die SPD-Länder sind gegen diese Berufsverbote, die Gewerkschaften solidarisieren sich und international setzen sich wahre Pilgerströme bundesdeutscher PolitikerInnen zu den Kommunisten in Moskau und Berlin in Marsch; selbst Franz-Joseph Strauß ist dabei.

---

## die letzten Erfolge

---

Aufgrund vielfältiger nationaler und internationaler Proteste - u.a. holländischer und französischer Antifaschisten - entscheiden sich mehr und mehr Gerichte zugunsten der Betroffenen.

Am 22.10. wurde die Lehrerin Ulrike Marks freigesprochen. Am 27.10. verurteilte das Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin den Prozeß gegen den Postbeamten Axel Brück auf unbestimmte Zeit. In beiden Fällen zogen sich die Richter auf formale Aspekte zurück - mit einer öffentlichen Verurteilung der Berufsverbotspraxis hatte aber auch niemand gerechnet.

Der Verteidiger von Axel Brück, der Gießener Staatsrechtler Prof. Dr. Helmut Ridder, beantragte einfach die Nichtzuständigkeit des Gerichts, da eine Verurteilung dem 4-Mächte Status von West-Berlin widerspräche.

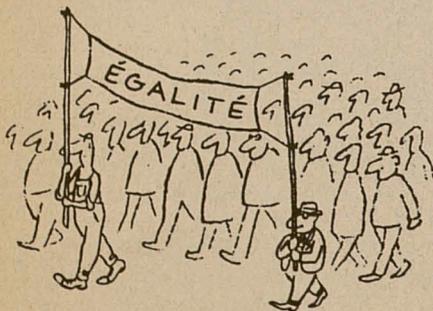
---

## soziale Lage

---

Berufsverbot bedeutet übrigens meist den Gang zum Sozialamt. Den Entlassenen wird weder Unterhalt noch Pensionsberechtigung gewährt. Da Beamte auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wird dann die ganze Familie ins soziale Elend gestürzt.

Detlev Kamps



## ZEITGESCHICHTE

Menschenrechtsverletzungen  
in Kolumbien

In Kolumbien, einem Land, daß immer noch als Demokratie gilt, regiert die Gewalt.

Als im Juli 1986 amnesty international von 600 Opfern außergerichtlicher Hinrichtungen durch Polizei, Militär und mit ihnen verbündete zivile Gruppen in den ersten sechs Monaten des Jahres sprach, meinte hierzu der damalige Generalstaatsanwalt Jimenez Gomez, dies wäre nur ein "blaßes Bild der Wirklichkeit".

Die kolumbianische Wochenzeitung "Semana" spricht von einer "Ausrottungskampagne" mit dem Ziel, jede demokratische Opposition im Land zu beseitigen. 99% der Opfer seien links oder stünden der Regierung zumindest kritisch gegenüber.

In den letzten Monaten sind Hunderte von Kolumbianern ermordet worden: Journalisten, Priester, Gewerkschaftsfunktionäre, Richter, Intellektuelle, Studenten, Bürgermeister, Stadt- und Parlamentsabgeordnete, amnestierte Guerilleros, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, kritische Militärs a.D., Minister, etc. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie kritische Menschen waren, die sich für die Landreform, für eine demokratische Reform der Staatsinstitutionen, für bessere Lebens-, Arbeits- und Studienbedingungen und für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzten.

Hauptopfer der Ausrottungskampagne aber ist die erst zwei Jahre alte Partei "Union Patriotica". Sie ist ein Wahlbündnis verschiedener Linkskräfte und entstand als Ergebnis des Waffenstillstandsabkommens, das der letzte Präsident Betancur mit der stärksten Guerillaorganisation FARC abgeschlossen hatte. Betancur hatte umfassende Reformen in der Gesellschaft versprochen, besonders eine demokratische Öffnung über die beiden traditionellen Parteien (Konservative und Liberale Partei) hinaus. Mittlerweile hat die Patriotische Union fast 500 Vertreter durch Attentate verloren, seit dem Waffenstillstand also fast jeden Tag einen.

Wer sind die Verantwortlichen für diesen schmutzigen Krieg?

Während das Militär und Regierung für die Ermordeten und Verschwundenen angeblich unabhängig operierende "Todesschwadronen" verantwortlich machen, behauptet ai und belegt dies mit Zeugenaussagen, daß die Todesschwadronen aus Polizei und Militär-angehörigen bestehen, die mit zivilen bewaffneten Gruppen zusammenarbeiten.

Auch die UP hat viele Namen von verantwortlichen Militärs und

Paramilitärs veröffentlicht. Doch bis jetzt ist niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde eine enge Verbindung zwischen diesen Gruppen und dem Militär nachgewiesen. Der damalige Generalstaatsanwalt hatte aufgrund der erdrückenden Beweise

das Militär anklagen wollen, mußte jedoch dem Druck der reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb der Regierung, allen voran das Militär, nachgeben. Präsident Betancur hatte ebensowenig wie sein Nachfolger Barco die Zivilcourage, dem Blutbad an kolumbianischen Bürgern einhalt zu gebieten und die Verantwortlichen zu bestrafen.

Im Arm das Kind und das Gewehr zur Seite  
Das Leben wägend für ein befreies Leben:  
Ich wünschte euch nach diesem blutigen Streite  
Noch von den Kindern meines Volks umgeben.

Ariel Alarcon

Grupo de solidaridad con Colombia

Denn das ist es, was die Regierung Kolumbiens am besten charakterisiert: die absolute Untätigkeit.

Kein einziger Armeemitglied mußte vor einem Gericht erscheinen. Im Gegenteil: Die Offiziere und Soldaten, die angeklagt worden waren, wurden befördert.

Die paramilitärischen Banden, die ihre Tätigkeit bislang im Verborgenen ausführten, wurden Mitte Juli diesen Jahres als "Selbstverteidigungsgruppen" de facto legalisiert.

Wie ist die Perspektive?

Die Welle des politischen Terrors gegen die demokratischen und kritischen Kräfte in Kolumbien wird eher noch zunehmen. Den Medien wurden vor kurzem sogenannte Todeslisten zugespielt.

Vor allem die UP wird verstärkt Opfer der Attentate werden. Durch neue Gesetze zur Dezentralisierung werden nämlich im März 1988 erstmals Bürgermeisterwahlen stattfinden (Vorher wurden die Bürgermeister von den Gouverneuren eingesetzt). Viele Beobachter erwarten, daß in einer größeren Zahl von Gemeinden kommunistische Bürgermeister gewählt werden.

Ob die UP hier tatsächlich eine wichtige Rolle spielen kann, ist aber inzwischen u.a. eine Frage des physischen Überlebens der Kandidaten geworden.

Jedenfalls ist sicher, daß die fortschrittlichen Kräfte im Land nicht tatenlos zusehen werden, wie ihre Kandidaten in der politischen Szene und Ex-Mitkämpfer ermordet werden. Das zeigt die Tatsache, daß die wichtigsten Guerillaorganisationen einen "Nationalen Koordinationsausschuß" (Coordinadora Nacional Guerrillera Simon Bolivar) gebildet haben.

Eines ist klar: Dieses und das nächste Jahr werden darüber entscheiden, ob Friede und Demokratie in Kolumbien eine Chance haben oder ob der Bürgerkrieg unabwendbar ist.

Wenn ihr durch die in diesem Artikel geschilderten Fakten ebenso erschüttert seid wie wir, so unterschreibt nebenstehenden Brief und schickt ihn an die angegebene Adresse des kolumbianischen Präsidenten!

Senor Presidente de la Republica  
de Colombia  
Dr. Virgilio Barco Vargas

Casa de Narino  
Bogota D.E.  
Colombia

Senor Presidente:

Con profunda preocupación e indignación recibimos noticia de la continua ola de violencia que azota a Colombia.

Así nos hemos enterado del infame asesinato cometido el 25 de agosto en la ciudad de Medellín en la persona del Dr. Abad Gómez, vicepresidente del comité permanente por la defensa de los derechos humanos y candidato por el partido liberal para la alcaldía de ésta ciudad, cuando en compañía de el Dr. Betancur Taborda, igualmente víctima de ese atentado, se dirigía a condoler a los familiares y amigos de Luis Velez Herrera, presidente de la ADIDA, asesinado pocas horas antes en la misma ciudad. De ésta misma manera fue asesinado el pasado 11 de Octubre el Dr. Jaime Pardo Leal, senador y jefe político de la "Union Patriótica" (UP), la tercera fuerza política de Colombia. Pardo Leal fue candidato a la presidencia por la UP en las pasadas elecciones presidenciales.

An den  
Präsidenten der Republik Kolumbien  
Dr. Virgilio Barco  
Casa de Narino  
Bogota D.E.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Mit tiefer Besorgnis und Empörung haben wir die Nachrichten von der andauernden Gewaltwelle, die Kolumbien erschüttert, entgegengenommen.

So haben wir auch von dem infamen Mord erfahren, der am 25. August 1987 in Medellín an Herrn Dr. Abad Gomez verübt wurde, dem Vizepräsidenten des "Ständigen Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte" und Kandidaten der Liberalen Partei für das Bürgermeisteramt von Medellín.

Er wurde ermordet, als er in Begleitung von Herrn Dr. Betancur Taborda, der dem Attentat als Opfer fiel, unterwegs war, um den Freunden und Angehörigen von Luis Velez Herrera, dem Präsidenten der ADIDA, der wenige Stunden zuvor in derselben Stadt ermordet worden war, sein Beileid auszusprechen. So wurde am 11. Oktober Jaime Pardo Leal, der Vorsitzende der "Union Patriótica", der drittstärksten politischen Kraft in Kolumbien, und Präsidentschaftskandidat auf offener Strasse ermordet.

Diese Ereignisse, wie auch die ständigen Morde an verschiedenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, an Bauern, Arbeitern, Studenten, Journa-

Estos hechos, como también los continuos asesinatos cometidos contra diferentes personalidades de la vida pública, campesinos, obreros, estudiantes, periodistas, miembros de los cuerpos colegiados etc., nos preocupan en alto grado y nos hacen pensar que existe un plan premeditado, fuera y dentro del gobierno, para torpedear el proceso de paz y negale al pueblo colombiano la posibilidad de vivir en un territorio de paz y justicia. En este context, nos extraña y asombra que un mandatario como Ud., quien continúa empenado en el proceso de Contadora para lograr la paz in centroamérica, permita por otro lado la legalización de los mal llamados "grupos de autodefensa", cobijándose en la ley 48 de 1968, creando con ello las bases para un encrudamiento de la violencia que reina en su país. Por otro parte, la expresa aprobación de estos grupos por parte de los ministros de defensa y justicia, a nuestro paracer, no ayudará precisamente a fomentar el respaldo a las instituciones legales de la Republica de Colombia.

Estas nuevas noticias nos hacen temer por la vida de quienes aun poseen coraje civil y defienden los derechos

listen, demokratisch gewählten Volksvertretern und vielen anderen erschrecken uns zutiefst und bringen uns zu dem Schluß, daß ein innerhalb und außerhalb der Regierung wohlüberlegter Plan besteht, den Friedensprozeß zu torpedieren und dem kolumbianischen Volk die Möglichkeit zu verweigern, in Gerechtigkeit und Frieden zu leben.

In diesem Zusammenhang befremdet es uns, daß Sie als Staatsmann sich bei den CONTDORA-Verhandlungen um die Durchsetzung einer friedlichen Lösung in Zentralamerika bemühen, während Sie gleichzeitig und unter Berufung auf das Gesetz 48 von 1968 nun die Legalisierung der fälschlicherweise als "Selbstverteidigungsgruppen" bezeichneten paramilitärischen Gruppen in Ihrem Land zugelassen haben. Mit der Legalisierung dieser Gruppen werden die Fundamente für eine Verrohung und Verwurzelung der Gewalt geschaffen, die in Ihrem Land herrscht. Zum anderen wird die ausdrückliche rechtmäßige Anerkennung derartiger Gruppen durch den Verteidigungs- und den Justizminister nicht gerade zu einer Stärkung des dringend notwendigen Rückhalts zugunsten der verfassungsmäßigen legalen Institutionen der Republik Kolumbien beitragen.

Die jüngsten Nachrichten lassen uns um das Leben jener fürchten, die selbst unter den jetzigen Bedingungen

humanos y las libertades políticas. Mas aún, cuando se han hecho a conocer a través de la prensa los nombres de las personas que, segun los designios de los enemigos de la libertad y la democracia, han de morir.

Que nuestro temor no es infundado, lo demuestra el asesinato de los Drs. Abad Gomez y Pardo Leal quienes se encontraban en la cruel lista.

Senor presidente:

En honor a las libertades políticas, a los derechos humanos y a la tradición republicana de su país le exigimos:

- Castigo ejemplar para los autores materiales e intelectuales de asesinatos cometidos;
- Desmantelamiento de los grupos paramilitares;
- Depuación de los mandos militares comprometidos con estos grupos;
- Derogar la ley 48 de 1968;
- Levatiamento del estado de sitio;
- Mantener y reforzar el diálogo por la paz.

Con nuestros mayores respetos

Atentamente

noch Zivilcourage zeigen und die politische Freiheit und die Menschenrechte verteidigen. Mehr noch, nachdem durch die Presse bekanntgeworden ist, daß diese Menschen nach Verlautbarungen der paramilitärischen Gruppen, den Feinden von Demokratie und Freiheit, ebenfalls ermordet werden sollen.

Daß diese Befürchtungen berechtigt sind, beweist der Mord an Dr. Abad Gomez, der auf einer so veröffentlichten Liste angedroht worden war.

Herr Präsident, im Namen der Menschenrechte, der politischen Freiheit und in Würdigung der republikanischen Tradition Ihres Landes fordern wir

- die exemplarische Bestrafung von Tätern und Drahtziehern dieser Morde;
  - die Zerschlagung der paramilitärischen Gruppen;
  - die Entlarvung jener Angehöriger des Militärs, die in die Aktivitäten dieser Gruppen verwickelt sind;
  - die Ausserkraftsetzung des Gesetzes 48 von 1968;
  - die Aufhebung des Ausnahmezustandes;
  - die Wiederaufnahme und Stärkung des Friedensdialogs.
- Hochachtungsvoll

## Das Drama der Bolivianischen Bergarbeiter

Der folgende Artikel ist die Übersetzung eines spanischen Textes, der von einem Bolivianer für die Veröffentlichung in Deutschland verfaßt wurde. Der Autor ist Mitglied der Organisation "Asemblea permanente der derechos humanos" ("Ständige Vertretung der Menschenrechte") und arbeitet zusammen mit einer bis jetzt relativ offenen Gruppe von "Exmineros", die sich eine neue Lebensgrundlage schaffen müssen.

Wir veröffentlichen den Artikel in den nächsten 3 AKUT- Ausgaben

Bolivien, ein Land der sogenannten "3. Welt", das auch als das "Aschenputtel" Südamerikas bezeichnet wird, und - zusammen mit Haiti - Rekordstatistiken der Unterentwicklung aufweist, durchlebt augenblicklich die beklemmendsten Momente seiner Geschichte. Die kritische Situation im Land ist bedingt einerseits durch die ökonomische Krise, zugespitzt durch den Verfall des Zinnpreises auf dem Weltmarkt, und andererseits durch die illegale Ökonomie der "Narcotraficos", des Drogengeschäftes, sowie durch die vom jetzigen Regime Paz Estensoros ergriffenen Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft. Die Kluft zwischen der herrschenden Minderheit und der unterdrückten Mehrheit im Land klappt immer weiter auseinander. Soziale Spannungen vergrößern sich, ihre Ausprägung im gesellschaftlichen Leben wird jedoch aufs Schärfste von den Ordnungskräften unterdrückt und verhindert.

Der Parameter, der am deutlichsten Aufschluß über die Tragik der Situation, ist die Arbeitslosenrate. Laut Daten des Nationalen Statistikinstitutes (INE) betrug die Quote der Arbeitslosen 1983 11,27%. Zwar existieren keine aktuellen Angaben, jedoch schätzt man die Zahl der Arbeitslosen

auf etwa 500.000, was 17-19% der Gesamtbevölkerung Boliviens entspricht.

In den letzten Monaten war der Bergbausektor der von Massenentlassungen am schwersten betroffene Bereich. Als Beispiel nennen wir die Bergarbeiter Catavis: Von 3000 Beschäftigten haben 2000 ihre Arbeit durch Entlassung verloren oder sind "freiwillig in den Ruhestand getreten".

Für die massenweise Entlassenen hat die Regierung einen neuen klingvollen Namen geschaffen: Es sind die "Relocalizados", die "Umgesiedelten". Dieser offizielle Sprachjargon umgeht das häßliche Wort der "weißen Massaker" oder der "Rausgeworfenen", die jetzt die wichtigsten Städte des Landes überschwemmen.

### Entwicklung des Minenarbeiter-Dramas

Die internationale Verschuldung betrifft alle Länder Lateinamerikas. In einem wirtschaftlich monostrukturellen Land wie Bolivien verstärkt sich

diese Abhängigkeit jedoch extrem, was eine Verschärfung seiner politischen und sozialen Probleme bedeutet.

Nach der 6-jährigen Diktatur General Banzers (1971-77), der die Auslandsverschuldung Boliviens vervierfachte, durchlebte das Land sehr harte Jahre durch die ständig aufeinanderfolgenden Militärputsche, die es 'fertigbrachten', die sowieso schon am Boden liegende nationale Ökonomie völlig zu ruinieren. Dieses totale Chaos erreichte seinen Höhepunkt 1985, als die durchschnittliche jährliche Inflationsrate 10.500% erreichte. Diese Krise beschleunigte die Ablösung der Regierung Dr. Siles Zuazo.

### neue Wirtschaftspolitik

Der Monat August 1985 wird vielen BolivianerInnen für lange Zeit unvergessen bleiben. Nicht nur aufgrund der Ernennung von Dr. Paz Estensoro zum Staatspräsidenten (zum 3. Mal im Laufe der letzten Jahrzehnte), sondern besonders weil er den Beginn einer Ära des Neoliberalismus einleitete - ein Modell, das völlig offen dem Staatskonzept entgegensteht, welches derselbe Paz Estensoro 1952 mit der Revolution einführte. Man kann sagen, daß er mit dem Ellenbogen ausradierte, was er mit der Hand geschrieben hat.

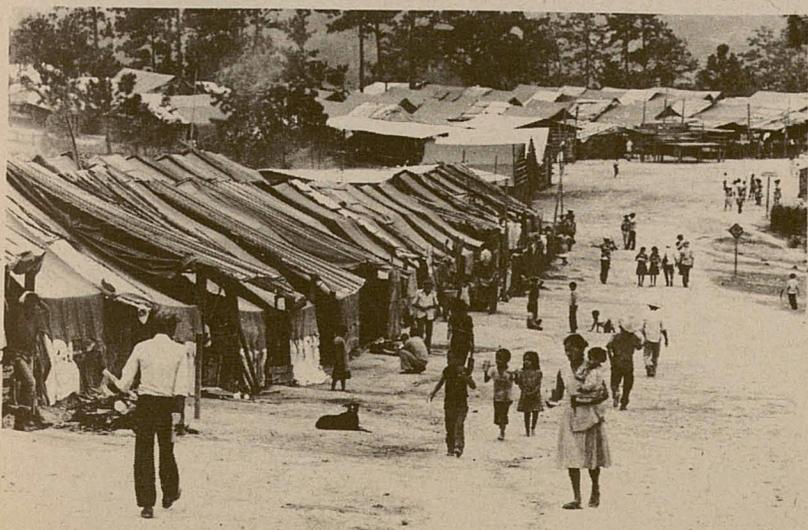
In den wichtigsten Punkten sieht die neue Wirtschaftspolitik (NPE) folgendes vor:

- Die Unterdrückung einer vernünftigen Zollpolitik, ein typisches "machen lassen", "durchgehen lassen".

Als Resultat dieser "Politik der offenen Türen" ist der bolivianische Markt heute mit Produkten aus den Nachbarländern (Brasilien, Argentinien, Chile und Peru) und den internationalen Exportländern wie USA, China etc. gesättigt, was sich natürlich negativ auf die eigene wirtschaftliche Entwicklung auswirkt.

- Die übliche uneingeschränkte Anstellung von Arbeitskräften ohne Arbeitsvertrag, sowohl in Privatfirmen wie in staatlichen Betrieben. Faktisch bedeutet dies, daß die Beschäftigten den Launen ihres Arbeitgebers völlig ausgeliefert sind (ob er nun ein Unternehmer oder Parteifunktionär ist).

- Das Einfrieren der Löhnen und Gehälter, um die erschreckend leere Staatskasse zu "sanieren". Je nach Interessen, haben viele Industriezweige die Anzahl ihrer Beschäftigten reduziert, einige sogar die Fabrikttore geschlossen und die Firma aufgelöst.



- Die Dezentralisierung der staatlichen Betriebe, z.B. der Bergarbeitergesellschaft COMIBOL (Corporacion Minera de Bolivia), die sich in drei Subgesellschaften teilt. Diese Untergliederung bewirkt für den Minensektor die Unfähigkeit sich zu artikulieren. Ein ähnliches Schicksal erleiden die staatliche Erdölförderungsgesellschaft YPFB (Yacimientos Petroliferos Fiscales Bolivianos), die staatliche Gesellschaft für Kreditförderung CBF (Corporacion Boliviana de Fomento), die Nationalen Transport- und Verkehrsunternehmen ENTA (Empress nacional de Transporte Automotor) u.a.

### Zinn - Preisverfall

Ein weiterer Faktor, der sozusagen den "Gnadenstoß" zur Schließung der Minen gab, war der Preisverfall des Zinns auf dem Weltmarkt. Bolivien, das dank der Minen bisher existieren konnte, ist seit langer Zeit bekannt als ein Land voller Reichtümer und Bodenschätze, jedoch ohne wirtschaftliche und politische Autonomie, so daß jegliche Preisschwankung der Minerale auf dem Weltmarkt sofort krasse Auswirkungen auf das ganze nationale Leben hat. Besonders wenn man die für Bolivien charakteristische Monoproduktion des Rohstoffes Zinn, dessen Export bis vor zwei oder drei Jahren noch 70% des Gesamtexportes betrug, miteinbezieht, wird man leicht verstehen, warum der Preisverfall des Zinns im Oktober 1985, hervorgerufen durch ein Überangebot auf dem Weltmarkt, für Bolivien verheerende Folgen hatte.

Ergänzen wir diese Darstellung um einen weiteren Faktor, den der ständigen Vernachlässigung des staatlichen Hauptunternehmens COMIBOL, so haben wir den Rahmen für die Darstellung des Minenarbeitsproblems geschaffen: Die verschiedenen politischen Regimes, die seit 1952 (Nationalisierung der Minen) das Land führten, sahen in der COMIBOL immer nur die "Milchkuh", die gemolken werden konnte, entweder zum Nutzen Einzelner oder kleiner Grüppchen, die sich nicht um technische Innovation wie die Erneuerung der Anlagen, des Maschinenparks, der Arbeitsgeräte, -materialien, etc. kümmerten, ineffektiv mit veralteten Methoden und Technologien produzierten und so mit überhöhten Produktionskosten auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig waren.

(Fortsetzung folgt)

AKUT-Schreiber!

Noch einmal: Bitte bleibt doch sauber in der Benutzung der Begriffe. Einer Redaktion, in der auch Politikwissenschaftler und Historiker sitzen, darf es einfach nicht passieren, dauernd von "faschistisch" und "Faschismus" zu schreiben, wenn eigentlich "nationalsozialistisch" oder "neonazistisch" gemeint sind. Wenn man auch beide Richtungen mit dem gleichen Negativvorzeichen versehen muß, so stehen sie doch für verschiedene Dinge, und gerade in Bezug auf Staatsaufbau - faschistischer Ständestaat gegen nationalsozialistische "Volksgemeinschaft" (klassenlose Gesellschaft) - unterscheiden sich die Richtungen eminent. Der Sprachgebrauch "faschistisch" für "nationalsozialistisch" stammt übrigens von Stalin; er wollte sowohl "national" als auch "sozialistisch" positiv besetzt wissen.

Auch noch einmal: Bitte weniger Einseitigkeit! Es nimmt Euch wirklich keiner ab, daß Ihr aus irgendwelchen hehren Motiven ein Bundesstudentenparlament ablehnt; es wäre einfach demokratischer zusammengesetzt, und Eure linke Mehrheit ginge flöten. Außerdem: Neben dem DKP-"Weltkreis" und dem "Vorwärts"-Verlag gibt's noch einige andere - wie wäre es mit Rezensionen anderer Bücher? Schließlich: Rechtsextreme müssen natürlich - genauso übrigens wie Linksextreme - bekämpft und politisch isoliert werden. Nur: Indem Ihr das große braune Gespenst an die Wand malt, den einen DVU-Sitz in Bremen (3,4%!) als "von der Stärke ihrer Bewegung" kündend und als "neues Sprachrohr" hinstellt, helft Ihr nur den Extremisten: Denen auf der Rechten nämlich zu mehr Selbstbewußtsein und denen auf der Linken zur Legitimation gewalttätiger Aktionen.

Leider werde ich mit der Kommentierung von AKUT-Entgleisungen eine Weile pausieren müssen, da ich mein Studium 9 Monate lang in der Republik Südafrika betreiben werde. Thomas Volkmann, den ich persönlich nicht kenne, der sich aber in der letzten AKUT blendend eingeführt hat, wird mich sicherlich würdig vertreten. Ob AKUT den Mut hat, nach meiner Rückkehr meine Eindrücke (aus 1.Hand) zu drucken?

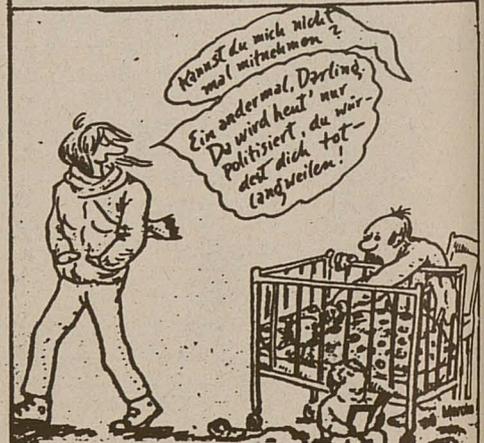
Zweifelnd  
Jörg Dietzel

Liebe AKUT-Redaktion

Zum Schwerpunktthema der KU dieses Jahres "Frauenmacht - Frauen in Institutionen" möchte ich Euch schnell noch einen Leserbrief schreiben. Echt bewundernswert, wie kritisch Frank Frick sich selbst und sein männliches Verhalten in Frage stellt, obwohl ich nicht glaube, daß sich irgendein in unserem System aufgewachsener Mann so richtig in das Leben als Frau im patriarchalischen System der BRD hineinversetzen kann. Aber immerhin Frank, Du gibst Dir Mühe. Was mich allerdings immer wieder wundert, daß es beim chauvinistisch-männlichen Verhalten im Alltag letztendlich doch kaum Unterschiede zwischen unseren linken, sonst progressiv denkenden Männern und bürgerlich-konservativen Paschas gibt (Wie oft wird bei der Heirat vom Mann der Name der Frau angenommen, wer arbeitet letztendlich im Haushalt, Kindererziehung etc.!) Könntet Ihr nicht wenigstens bei den AKUT-MitarbeiterInnen für etwas mehr Gleichberechtigung sorgen? Was ist mit der Quotierung 50/50 bei den Arbeitsplätzen bei Euch? Hier seid Ihr kein besonderes Vorbild, nur 2 von 8 MitarbeiterInnen sind Frauen, ein bißchen wenig, oder? Habt Ihr vor, was daran zu ändern?

Mehr Mut zur Konsequenz ♀!

Alles Gute Eure Doro



Anmerkung der Redaktion

Wir hätten sicher nichts dagegen, wenn das Verhältnis von Mitarbeiterinnen zu Mitarbeitern 50/50 wäre. Jedoch können wir nicht den Artikel eines Mannes nur deshalb zurückweisen, damit die Quote bleibt. Wir müssen es halt nehmen, wie es kommt.

Übrigens: Im eigentlichen Redaktionskollektiv ist das Verhältnis 'nur' 3 Männer zu 2 Frauen.

Leserbrief

betr.: Ergebnisse der Job-Umfrage, AKUT Nr. 224

"Leider kamen nur 30 Bögen ausgefüllt zurück, so daß eine Verallgemeinerung der Ergebnisse unzulässig wäre." Damit hat Jan Baumeister das entscheidende Ergebnis der Umfrage schon in der Einleitung vorweggenommen. Aber die Konsequenz aus dieser Einsicht, nämlich, die Ergebnisse in der Schublade zu lassen, zieht er nicht. Offenbar hält er sie doch für so aussagekräftig, daß die 30 Bögen akribisch ausgezählt und die Zahlen auf fast zwei Seiten dargestellt werden. Aber wenn es doch um quantitative Daten, also um Zahlen, geht, ist es völlig klar, daß 30 Bögen nicht "repräsentativ" (so Jan) sind (repräsentativ in Anführungsstrichen, weil sowieso nur nach dem Zufallsprinzip gewonnene Daten repräsentativ sein können, was hier nicht der Fall war). Schuld an diesem mageren Rücklauf sollen wir, die Leser, sein und /oder der Zeitpunkt der Umfrage. Warum fragt sich keiner im Antirepressionsreferat, ob die Gründe nicht z.T. auch bei ihnen liegen, angesichts einer so geringen Resonanz? Es reicht eben nicht, jedenfalls in einer Massenuni mit 40.000 Studenten, Fragebögen irgendwie unter die Leute zu bringen und auf eine hohe Rücklaufquote zu hoffen. Vielmehr wäre es nötig gewesen, mit den Fragebögen direkt auf eine bestimmte Anzahl von Leuten zuzugehen und sie um die Beantwortung zu bitten. So wäre der Rücklauf mit Sicherheit besser gewesen und man/frau hätte zumindest 100 oder 200 ausgefüllte Bögen gehabt. Inhaltlich habe ich mich nach der Lektüre gefragt, ob eigentlich eine klare Vorstellung da war, was bei dem Ganzen rauskommen sollte. Mehr oder weniger zusammenhanglos wurde mal eben nach allem gefragt, was irgendwie interessant ist. Muß ich eine solche Umfrage machen, um herauszufinden, daß Frauen durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den Betrieben diskriminiert werden? Nein, da lese ich lieber eine professionelle Studie. Mich hätte eher interessiert, wieviele Studenten insgesamt (schätzungsweise) jobben müssen.

Gerade wenn es mehr um persönliche Erfahrungen, Bewertungen etc. geht, also um qualitative Daten, ist eine Umfrage per Fragebogen ein ungeeignetes Mittel. Viel sinnvoller wäre es, mit ein paar Leuten intensive Interviews oder Gruppendiskussionen zu machen, wie das gerade in den kritischen Sozialwissenschaften seit Jahren praktiziert wird. Gesamturteil: Hier wurde mangelnde Kompetenz, ja Dilettantismus, unter Beweis gestellt. Schade für das Thema.

Dietrich Oberwittler

Leserbrief

Zu Eurer stets gleichbleibend schlechten Lyrik-Seite fällt mir eigentlich nur ein Zeltlinger-Song ein:

"Ich bin ein Asi mit Niveau.  
Ich lese Lyrik auf dem Klo."

Betreffs Eurer letzten Ausgaben müßte der Vers allerdings enden:

"Ich schreibe Lyrik auf dem Klo."

Offensichtlich hat jemand vergessen, die Spülung zu ziehen. KUNST kommt von "Können". Und noch'n Gedicht:

Ein  
Satz, der  
in Zeilen  
geschrieben  
ist, ist  
noch  
lange kein  
Gedicht.

A.P.Müller

Offener Brief an die LA bzw. an die Verfasser des Flugblattes: "Natürlich"

Da wurde mir doch Ende Oktober dieses Flugblatt in die Hand gedrückt, das die AKUT-Ausgabe Nr.224 auf's Korn nehmen sollte. Jenes Flugblatt war herausragend! Herausragend überflüssig, herausragend peinlich und herausragend ärgerlich. Da wird doch als Aufhänger die im Editorial der letzten AKUT mißverständliche Kombination zwischen Möllemann und dem antifaschistischen Kampf benutzt. Aber Leute, das ist doch im Beiblatt berichtet worden - habt Ihr das nicht richtig gelesen?

Nicht richtig gelesen habt Ihr offensichtlich auch die übrigen Artikel des Heftes.

So ist doch die These, es gebe in der BRD keine freien Wahlen mehr, nach der Lektüre des entsprechenden Artikels nicht haltbar.

Auch Eure naive Haltung gegenüber der Volkszählung mutet nach 9 Monate-langen argumentativen Auseinandersetzungen -milde ausgedrückt- eigentümlich an.

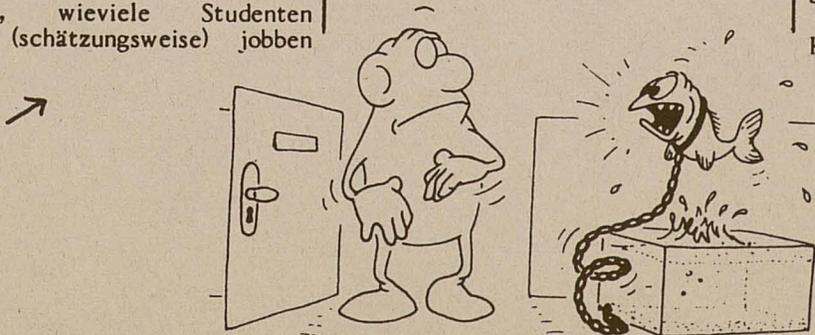
Gleiches gilt für die übrigen von Euch hingeworfenen Statements. Eine eigenartige Manier politischer Auseinandersetzung - ohne Sachargumente.

Was sollte also dieses Flugblatt? Wer AKUT 224 gelesen hat, dem wird doch ganz schnell aufgegangen sein, wie unreflektiert Euer "Druckwerk" zusammengeschustert worden sein muß. Wer aber keinen Blick in die AKUT geworfen hatte, konnte mit alledem ohnehin nichts anfangen. Euer Zettelchen war also völlig überflüssig.

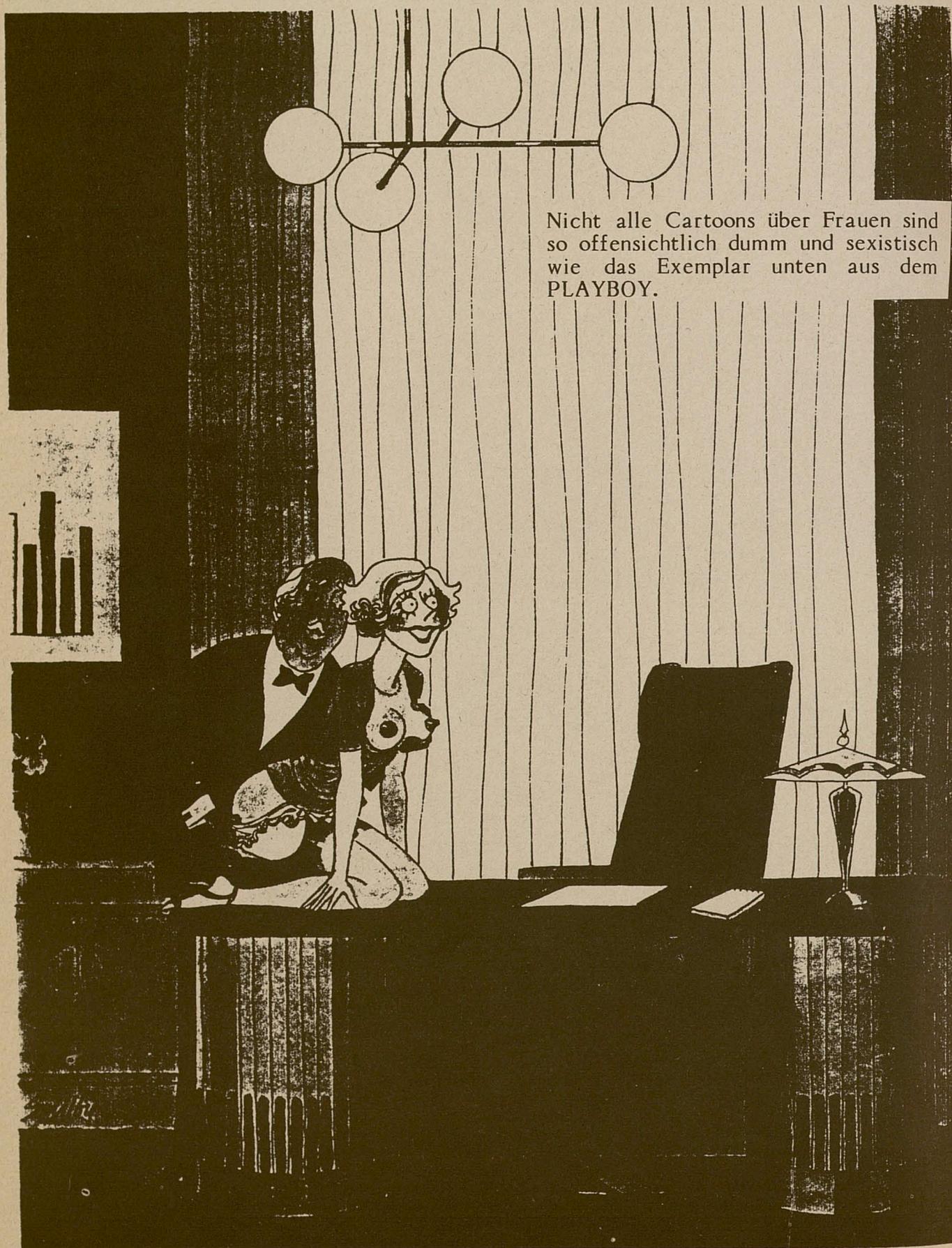
Peinlich, daß das Flugblatt mit so viel Platttheit auch noch eine Einladung zum Jour-fixe der LA verband.

Richtig geärgert hat es mich aber erst, als ich an die ökologisch höchst bedenkliche Verschwendung von ein paar hundert Blättern Papier dachte, wobei ich Euch zugute halten muß, daß wenigstens die Rückseite unbedruckt war, so daß man sie als Schmierpapier verwenden konnte. Damit aber so ein Flugblatt 100%ig wiederverwendbar wird: Laßt das nächste Mal auch die Vorderseite unbedruckt!

Klaus Bermig



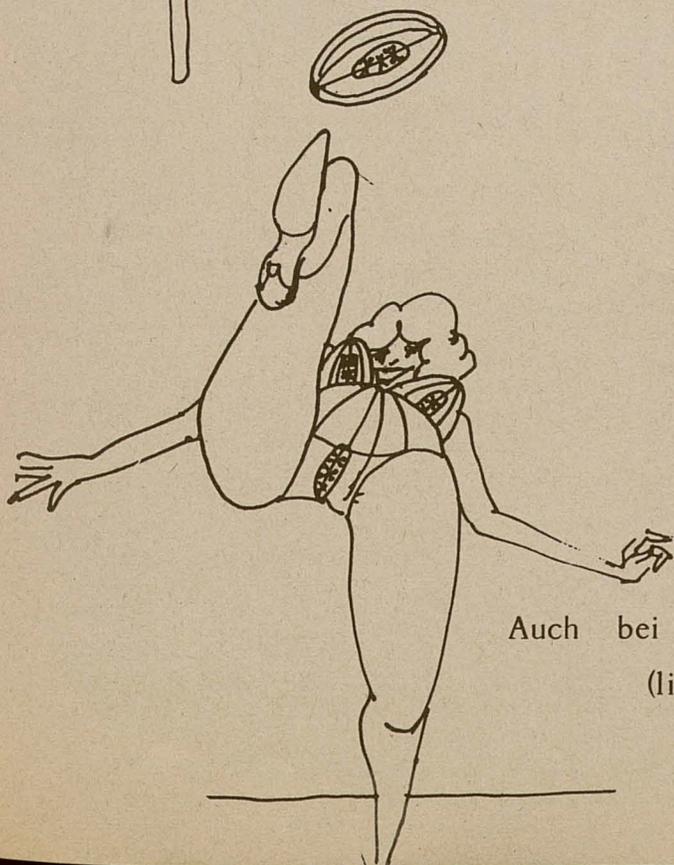
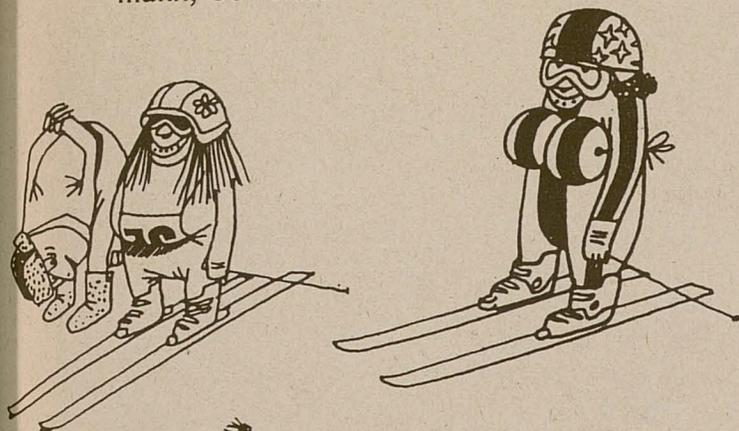
# Die Frau im Cartoon



Nicht alle Cartoons über Frauen sind so offensichtlich dumm und sexistisch wie das Exemplar unten aus dem PLAYBOY.

„Wow, Herr Direktor.  
Erster Arbeitstag, und schon im Chefzimmer“

Auch in Zeitungen, in denen frau es nicht vermutet hätte, erscheinen Frauenfeindlichkeiten auf primitivstem Niveau, wie der Zeichner der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, Hürli-mann, beweist.



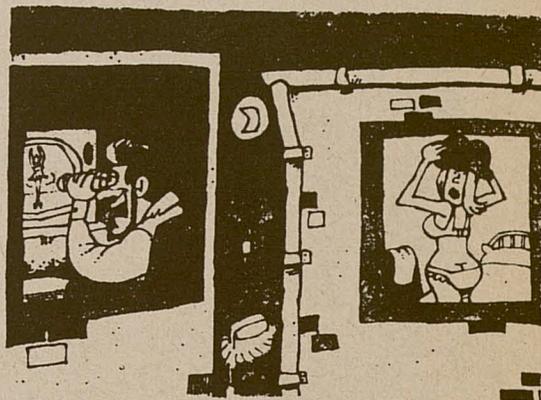
Auch bei Augustin passieren Peinlichkeiten  
(links)

Aber auch in Jugendzeitungen, die bewußt witzig sein wollen, wie MAD, tauchen ganz unwitzige Frauenwitze auf:

DU WEISST, DASS DEINE EROTISCHE AUSSTRAHLUNG AUF DEM NULLPUNKT IST....



... wenn du den ganzen Adria-Strand für dich alleine hast.



... wenn du bedenkenlos auf Gardinen verzichten kannst.



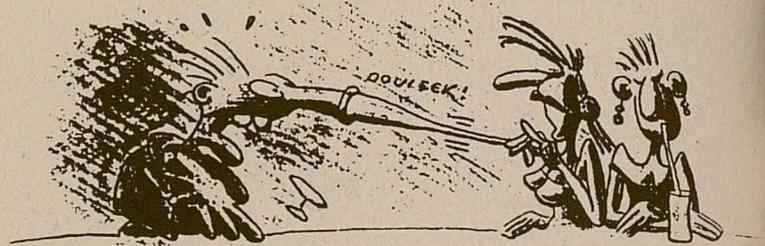
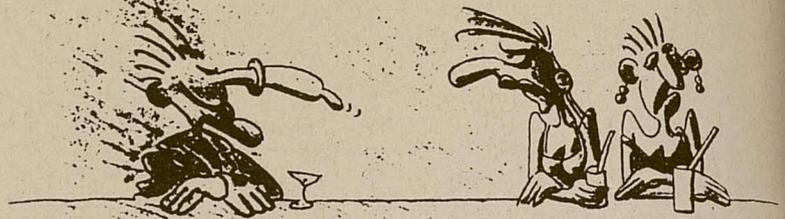
wenn man dich bei deiner Ausziehnummer bittet, noch was anzulassen.

Bei WERNER guckt die Frau manchmal komisch aus der Wäsche:

AKUT 34

Dies sind die ersten Exemplare unserer Zusammenstellung: "Die Frau im Cartoon". Wir streben eine Bestandsaufnahme der Frauenwitze in deutschen Tages- und Wochenzeitungen, sowie besonderen Comicmagazinen an. Deshalb bitten wir Euch: Wenn Euch ein Cartoon ins Auge springt, in dem Frauen intellektuell oder sexistisch diffamiert oder irgendwelche stereotypen Frauenbilder gezeichnet werden, reicht ihn mit Quellenangabe bei der AKUT-Redaktion ein.

TYPISCH SCHOOWI  
IMMER EIN' RAUSHÄNGEN LASSEN!



HÄGAR hat zwei stereotype Frauenbilder:

Das dumme kleine Mäuschen, das jedem Mann hinterherschaut...

und den selbstbewußten Hausdrachen.



Den gibt's allerdings auch bei WERNER.

## Herbstliche Tönung I

Blaue Stille lag in allen Räumen,  
und ein Knabe schweigt in Träumen  
unergründlich vor den hohen Räumen,  
die die weißen Wolken säumen.

Sehnsucht einen ganzen Nachmittag  
zur Unendlichkeit gedehnt sein mag.  
In dem Stuhle werden langsam zag  
Schatten breit, wo einst die Sonne lag.

Ahnungsvolle Blicke in die blauen  
Sonnenstrahlen, wenn vom lauen  
Wind ein Blatt und noch eins trauen  
alles Warten nicht mehr zuzuschauen.

Weiche Schattenkühle wird bisweilen hart,  
leiser Wind mahnt die Gedanken zart,  
daß ein Ende jener Sommerschwüle naht  
Wann, glaubst du, daß die Welt aufklart?

Michael Engel

Lyrik

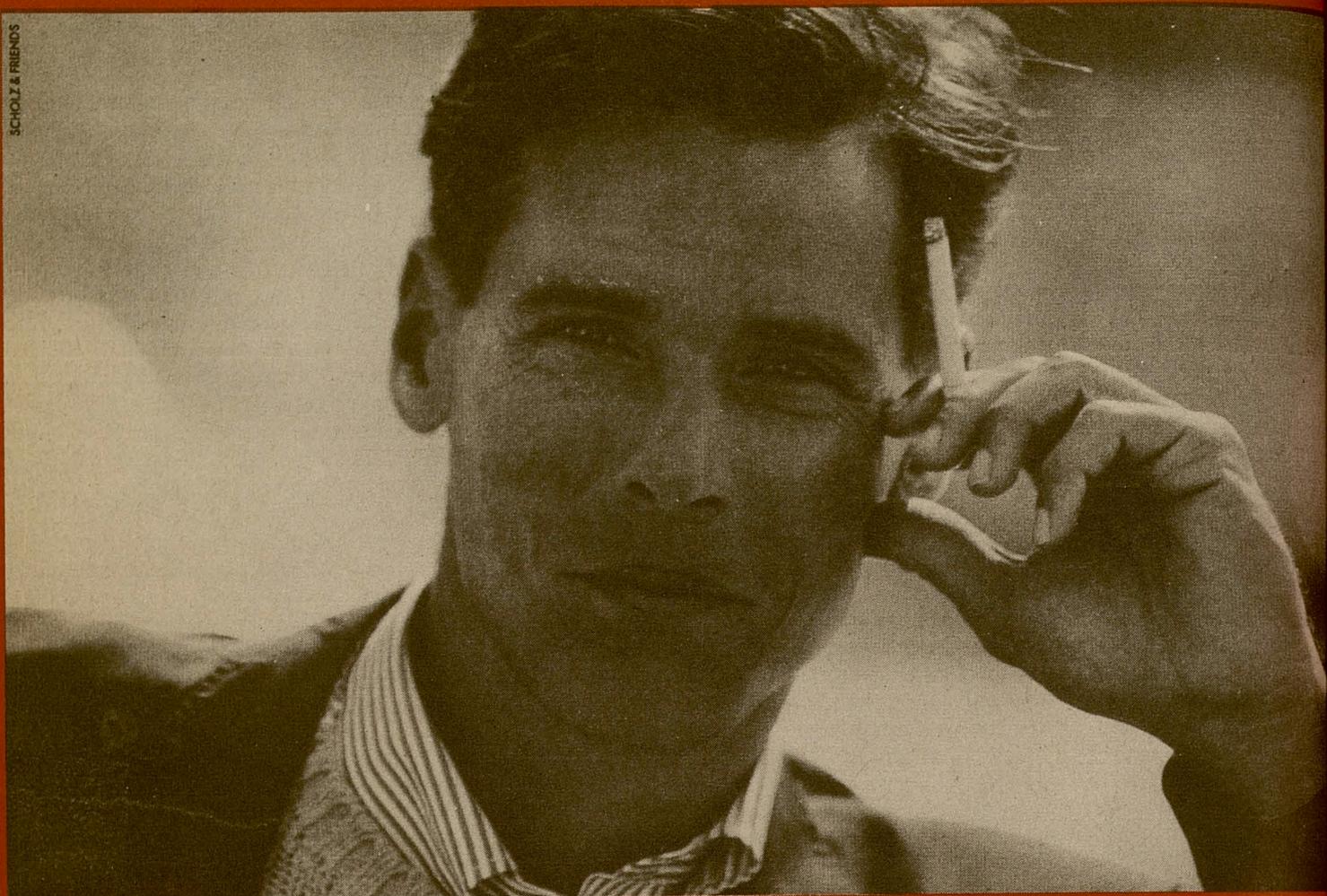
## Herbstliche Tönung II

Blaue Stille lag in allen Räumen,  
und ein Knabe schweigt  
in Träumen unergründlich  
vor den hohen Räumen,  
die die weißen Wolken säumen.

Sehnsucht einen ganzen Nach-  
mittag zur Unendlichkeit gedehnt sein  
mag. In dem Stuhle werden  
langsam zag Strahlen breit,  
wo einst die Sonne lag.

Ahnungsvolle Blicke in die  
blauen Auen des Zerfalls, wenn im  
lauen Gau ein Blatt  
und noch eins trauen  
allem Warten länger nicht mehr  
zuzuschauen.

Kranke Kühle wird bisweilen  
hart, aktiver Wind kränzt die Gedanken  
zart, daß im Fall out bald  
ein Ende klart.  
Wann, glaubst du,  
daß die Welt vergart?



*"Ich bin gerne Chauvi"*

...eine Leichte  
mit verblüffend viel  
Geschmack.

